



Analysen eidgenössischer Urnengänge  
 Analyses des votations fédérales  
 Analisi delle votazioni federali

# Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 2. Dez. 2001

Lukas Zürcher, Fabian Mahnig, Thomas Milic

Abstimmungsergebnisse	Ja	Nein
<b>Bundesbeschluss über eine Schuldenbremse</b>	<b>1'472'086</b> 84.7%	<b>265'334</b> 15.3%
<b>Volksinitiative «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern»</b>	<b>398'146</b> 22.9%	<b>1'341'469</b> 77.1%
<b>Volksinitiative «Für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee»</b>	<b>384'991</b> 21.9%	<b>1'372'326</b> 78.1%
<b>Volksinitiative «Solidarität schafft Sicherheit: Für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst (ZFD)»</b>	<b>405'011</b> 23.2%	<b>1'340'074</b> 76.8%
<b>Volksinitiative «Für eine Kapitalgewinnsteuer»</b>	<b>595'287</b> 34.1%	<b>1'148'709</b> 65.9%
Stimmbeteiligung	37.4%	



GfS Forschungsinstitut  
 Geschäftsbereich Politik und Staat  
 Hirschengraben 5, 3011 Bern  
 Telefon 031 311 08 06, Telefax 031 311 08 19  
 e-mail: gfs@gfs-be.ch

Universität Zürich Institut für Politikwissenschaft  
 Karl-Schmid-Strasse 4, 8006 Zürich  
 Telefon 01 634 38 41, Telefax 01 634 49 25  
 e-mail: milic@pwi.unizh.ch

VOX Nr. 75

IPZ Bibliothek  
 Politische Wissenschaft

## Impressum

Die VOX-Analysen eidgenössischer Urnengänge kommentieren seit 1977 alle Volksabstimmungen auf nationaler Ebene aufgrund repräsentativer Befragungen. Für die kontinuierliche Durchführung zeichnet das GfS-Forschungsinstitut (Zürich/Bern) verantwortlich. Die Federführung für die Analyse der vorliegenden Nummer liegt beim Institut für Politikwissenschaft, Abteilung Innenpolitik/Vergleichende Politik, Universität Zürich.

## Institut für Politikwissenschaft Universität Zürich (IPZ)

Gesamtverantwortung: Prof. Dr. Ulrich Klöti, Prof. Dr. Sibylle Hardmeier  
Analyse/Auswertung: Lukas Zürcher, Fabian Mahnig, Thomas Milic

## GfS-Forschungsinstitut, Abteilung «Politik und Staat» (Bern)

Gesamtverantwortung: Claude Longchamp  
Projektleitung: Urs Bieri  
Sekretariat: Silvia Ratelband-Pally  
Telefonbefragung, Feldchef: Georges Ulrich  
CATI-Support: Dragan Ljubisavljevic  
EDV-Auswertung: Lukas Golder

## Bestellungen

Die VOX-Analysen können für Fr. 75.– (Ausland: Fr. 85.–) pro Jahr abonniert werden. Einzelnummern können für Fr. 30.– (Ausland: Fr. 35.–) bezogen werden. Alle zurückliegenden Jahrgänge zusammen (1977 bis 2002) können für Fr. 700.– nachbezogen werden. Bestellungen sind zu richten an: GfS-Forschungsinstitut, Sekretariat, Postfach 6323, 3001 Bern.

## Zitierweise

Vorliegende Nummer: Zürcher, Lukas/Mahnig, Fabian/Milic, Thomas (2002): Analyse der eidg. Abstimmung vom 2. Dezember 2001, VOX Nr. 75, GfS und IPZ, Zürich. Allgemein: VOX-Analysen eidg. Urnengänge, hrsg. vom GfS-Forschungsinstitut in Zusammenarbeit mit den politikwissenschaftlichen Instituten der Universitäten Bern, Genf und Zürich, 1977 ff.

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Die Bedeutung der Vorlagen und die Meinungsbildung .....</b>	<b>5</b>
1.1 Die Bedeutung der Vorlagen .....	5
1.2 Die Meinungsbildung – Entscheidungsschwierigkeit, Zeitpunkt des Stimmenscheids und Mediennutzung.....	6
<b>2. Der «Bundesbeschluss über eine Schuldenbremse» .....</b>	<b>7</b>
2.1 Die Ausgangslage .....	7
2.2 Die Wahrnehmung.....	8
2.3 Das Abstimmungsprofil.....	8
2.4 Die Entscheidungsmotive.....	9
<b>3. Die Volksinitiative «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern» .....</b>	<b>10</b>
3.1 Die Ausgangslage .....	10
3.2 Die Wahrnehmung.....	11
3.3 Das Abstimmungsprofil.....	12
3.4 Die Entscheidungsmotive.....	12
3.5 Pro- und Kontra-Argumente.....	14
<b>4. Die Volksinitiativen «Für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee» und «Solidarität schafft Sicherheit: Für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst» .....</b>	<b>16</b>
4.1 Die Ausgangslage .....	16
4.2 Die Wahrnehmung.....	16
4.3 Das Abstimmungsprofil.....	17
4.4 Die Entscheidungsmotive.....	20
4.5 Pro- und Kontra-Argumente.....	22
<b>5. Die Volksinitiative «Für eine Kapitalgewinnsteuer» .....</b>	<b>25</b>
5.1 Die Ausgangslage .....	25
5.2 Die Wahrnehmung.....	25
5.3 Das Abstimmungsprofil.....	26
5.4 Die Entscheidungsmotive.....	28
5.5 Pro- und Kontra-Argumente.....	29
<b>6. Methodischer Steckbrief .....</b>	<b>31</b>
<b>7. Die Hauptresultate der Abstimmungsanalyse vom 2. Dezember 2001 .....</b>	<b>32</b>

Tabelle 1.1: Abstimmungsergebnisse für die Schweiz und nach Kantonen, in Prozent der Stimmenden

Kantone	Stimm- beteiligung in %	Schulden- bremse % Ja	Energie statt Arbeit % Ja	Schweiz ohne Armee % Ja	Ziviler Friedensdienst % Ja	Kapital- gewinnsteuer % Ja
Schweiz	37.4	84.7	22.9	21.9	23.2	34.1
Zürich	40.5	85.3	27.0	22.7	24.8	33.8
Bern	38.3	86.0	24.2	19.6	21.0	41.5
Luzern	41.5	88.7	20.2	17.4	18.1	31.1
Uri	40.0	81.5	20.4	13.0	15.4	29.8
Schwyz	45.9	87.0	16.0	13.8	14.4	18.8
Obwalden	43.5	87.6	16.7	15.2	15.5	24.6
Nidwalden	41.0	89.6	13.9	13.8	13.2	22.1
Glarus	35.6	86.5	19.1	13.5	14.8	32.1
Zug	44.6	88.8	18.1	18.2	17.9	24.3
Freiburg	37.8	86.1	18.8	23.7	24.9	36.7
Solothurn	37.8	86.9	20.6	17.7	18.3	36.6
Basel-Stadt	43.4	84.8	30.6	29.7	29.5	38.3
Basel-Landschaft	38.0	87.2	23.7	22.9	23.4	31.9
Schaffhausen	59.5	80.2	27.6	20.2	23.8	35.1
Appenzell A. RH.	43.5	87.8	20.9	17.6	17.2	33.7
Appenzell I. RH.	37.3	89.2	14.3	11.5	10.4	22.7
St. Gallen	37.3	89.3	20.3	18.1	16.8	34.4
Graubünden	33.4	85.7	22.3	18.1	20.0	32.6
Aargau	33.2	86.7	18.8	17.1	17.1	28.5
Thurgau	36.7	88.7	21.4	16.0	16.6	30.7
Tessin	31.5	74.7	22.8	24.3	27.0	27.3
Waadt	29.5	82.6	22.7	27.4	31.0	36.0
Vallis	30.3	78.3	17.1	19.5	21.5	30.4
Neuenburg	48.1	80.3	22.1	31.1	34.2	41.5
Genf	42.1	74.8	27.0	37.9	40.2	34.7
Jura	35.7	74.8	23.9	40.9	39.2	45.3

Quelle: <http://www.admin.ch>

# 1. Die Bedeutung der Vorlagen und die Meinungsbildung

## 1.1 Die Bedeutung der Vorlagen

Am 2. Dezember 2001 kamen vier Volksinitiativen und der Bundesbeschluss über eine Schuldenbremse zur Abstimmung. Die Befragten konnten die Bedeutung der Vorlagen sowohl für sich selbst wie auch für das Land auf einer Skala von 0 bis 10 einordnen. Die Rangfolge der Bedeutungszuschreibung ist in beiden Fällen dieselbe: Der Initiative für eine Schweiz ohne Armee wurde sowohl für das Land wie auch für die Einzelnen die grösste Bedeutung, der Energie-Initiative die geringste Bedeutung zugemessen. Die Schuldenbremse liegt in der Rangliste der persönlichen wie auch der nationalen Bedeutung an zweiter Stelle, gefolgt von der Kapitalgewinnsteuer-Initiative. Der Friedensdienst-Initiative wurde nur geringe Relevanz zugesprochen, sie stand hinsichtlich der Bedeutungszuschreibung deutlich im Schatten der Initiative für eine Schweiz ohne Armee.

Tabelle 1.2: Wahrnehmung der Bedeutung der Vorlagen für das Land und für sich selbst

Merkmal/Kategorie	Schulden- bremse	Energie statt Arbeit	Schweiz ohne Armee	Ziviler Friedensdienst	Kapital- gewinnsteuer	Durchschnitt 1993-2001
Bedeutung für ...*						
das Land	7.2 (2)	6.1 (5)	7.6 (1)	6.2 (4)	6.5 (3)	6.8
sich selbst	4.8 (2)	4.3 (5)	5.3 (1)	4.4 (4)	4.5 (3)	5.1

\* Die Werte beschreiben das arithmetische Mittel der Einschätzung durch die Stimmberechtigten. Alle Befragten konnten die Bedeutung auf einer Skala von 0 bis 10 angeben. 0 steht für «bedeutungslos» und 10 für «von sehr grosser Bedeutung». Die Werte in Klammern geben die Rangierung in der Bedeutungszuschreibung an. Die Werte sind gewichtet. Zur Gewichtung siehe «Methodischer Steckbrief».

© IPZ / GIS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 2. Dezember 2001.

Die Bedeutung der einzelnen Vorlagen lässt sich zudem anhand der Frage nach der Kenntnis der Abstimmungsthemen abschätzen. Anzunehmen ist, dass dasjenige Abstimmungsthema, welches am stärksten in der Erinnerung haften geblieben ist, auch als das wichtigste eingeschätzt wurde. Damit hat man neben der Bedeutungszuschreibung noch einen weiteren Indikator für die Relevanz einer Vorlage. Die Rangfolge bleibt indes dieselbe: Die Initiative für eine Schweiz ohne Armee blieb den meisten in Erinnerung (69% der Teilnehmenden), gefolgt von der Schuldenbremse und der Kapitalgewinnsteuer-Initiative. Die Energievorlage und die Friedensdienst-Initiative gerieten ihrer geringen Bedeutung für die Einzelnen wegen schnell in Vergessenheit (63% bzw. 58% der Teilnehmenden vermochten sich nicht mehr an diese Abstimmungsthemen zu erinnern). Die Initiative für eine Schweiz ohne Armee wurde vor allem von jenen als sehr wichtig eingeschätzt (Werte 7–10 auf einer Skala von 0–10), die ihren Militärdienst schon hinter sich hatten oder sich für eine starke Armee aussprachen. Männern im Alter von bis zu 29 Jahren war die Vorlage wichtiger (um 14 Prozentpunkte) als gleichaltrigen Frauen. Dies ist wenig verwunderlich, da die Wehrpflicht einen Grossteil dieses Unterschieds erklären kann. Zu beachten ist jedoch, dass die subjektive Betroffenheit in dieser Alterskategorie

keineswegs am höchsten ist. Mit Zunahme des Alters steigt auch die Bedeutungszumessung, und dies sowohl bei Männern wie auch bei Frauen. Die Initiative hatte für 56 Prozent der 60- bis 69jährigen eine hohe persönliche Bedeutung, bei der Alterskategorie der 18- bis 29jährigen signalisierte aber weniger als die Hälfte der Befragten (41%) hohe Betroffenheit. Der geschlechtsspezifische Unterschied in der Bedeutungszumessung ist jedoch bei den jungen Stimmbürgern und Stimmbürgerinnen (18- bis 29jährige) am grössten. Ansonsten können hinsichtlich der *persönlichen* Betroffenheit keine weiteren Unterschiede zwischen den Merkmalsgruppen festgestellt werden. Hingegen wurde die nationale Relevanz von den beiden Lagern verschieden hoch eingestuft: Für die ArmeebefürworterInnen hatte die Vorlage eine höhere *nationale* Bedeutung (78%) als für die Armeecabschaffer (66%). Dies lässt den pikanten Schluss zu, dass den InitiativgegnerInnen ihr Anliegen wichtiger war als den Befürwortenden.

Für die verbleibenden 3 Vorlagen gilt: Wer am Status quo festhalten will, erachtet die zur Abstimmung vorgelegte Vorlage für weniger bedeutsam als wer nach Reformen drängt. Den Reformern erscheint ihr Anliegen wichtiger als den Bewahrern.

## 1.2 Die Meinungsbildung – Entscheidungsschwierigkeit, Zeitpunkt des Stimmenscheids und Mediennutzung

Die Entscheidungsschwierigkeit resultiert im Wesentlichen aus der materiellen Komplexität der Abstimmungsvorlage oder aus dem inneren moralischen Spannungsfeld, welches einem Abstimmungsthema innewohnt. Materiell wenig komplexe Vorlagen werden aufgrund von fest verankerten und in politischen Sozialisationsprozessen erworbenen Prädispositionen beurteilt. Dabei fällt es dem Stimmbürger und der Stimmbürgerin in der Regel leicht, ein Urteil zu fällen. Zu dieser Vorlagengruppe gehörte sicherlich die Initiative für eine Schweiz ohne Armee: 42 Prozent der Teilnehmenden hatten diesbezüglich eine vorgefasste Meinung (1989 waren es jedoch beinahe zwei Drittel gewesen). Dazu passt auch der Befund, wonach den Befragten der Stimmenscheid bei der Frage der Armeecabschaffung am leichtesten fiel. Daneben gibt es aber auch Vorlagenthemen, deren Wirkungszusammenhang nicht leicht ersichtlich ist, und die damit auch nur schwer mit bestehenden politischen Grundeinstellungen und Wertvorstellungen in Verbindung zu bringen sind. Solche Vorlagen bereiten weitaus mehr Mühe, sich ein Bild über die persönlichen Auswirkungen des Stimmenscheids zu machen. Zu dieser Vorlagengruppe zählte die Energie-Initiative: Beinahe einem Drittel der Befragten fiel der Entscheid schwer, die Hälfte (49%) rang sich erst in den letzten drei Wochen einen Entschluss ab.

Die von der GSoA initiierte Friedensdienst-Initiative bereitete ihres weniger griffigen Inhalts wegen (nicht die Abschaffung der Armee, sondern vielmehr Umorientierung) etwas mehr Mühe als die Initiative für eine Schweiz ohne Armee, jedoch – wie sich herausstellen sollte – mit dem beinahe identischen Resultat. Schon jetzt lässt sich demnach sagen: Im Zweifelsfall stimmten die Überforderten bei der Friedensdienst-Initiative gleich wie bei der Armeecabschaffungsfrage, also zumeist Nein.

Um sich während der Abstimmungskampagne ein Bild hinsichtlich des Für und Wider einer Vorlage zu verschaffen, wurden zahlreiche Informationsquellen benutzt. Am häufigsten (86%) griffen die Teilnehmenden auf Zeitungsartikel zurück, gefolgt vom bei den Stimmberechtigten nach wie vor äusserst beliebten Bundesbüchlein (79%) und Polit-Magazinen im Fernsehen (75%). Rund die Hälfte aller Teilnehmenden nutzte auch das

Tabelle 1.3: Zeitpunkt der Stimmenscheidung und Schwierigkeit bei der Meinungsbildung (in %). Nur Teilnehmende

Merkmals/Kategorie	Schuldenbremse	Energie statt Arbeit	Schweiz ohne Armee	Ziviler Friedensdienst	Kapital-gewinnsteuer
<b>Zeitpunkt des Entscheids<sup>a</sup></b>					
Von Beginn weg klar	35	29	42	35	34
4 bis 6 Wochen vor der Abstimmung	10	9	9	9	9
1 bis 3 Wochen vor der Abstimmung	28	31	26	29	28
Einige Tage vor der Abstimmung	17	18	16	17	19
<b>Schwierigkeit der Entscheidung<sup>a</sup></b>					
Eher einfache Entscheidung	72	62	81	72	65
Eher schwierige Entscheidung	21	30	14	21	29

<sup>a</sup> Das Total liegt unter 100%, da «weiss nicht» und «keine Antwort» in der Tabelle nicht aufgeführt sind.  
© IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 2. Dezember 2001.

Radio (56%) und Leserbriefe (48%). Politisches Werbematerial in Form von Abstimmungszeitungen (41%), Inseraten (37%) und Strassenplakaten (28%) erfreuten sich dagegen weniger grosser Beliebtheit. Kaum genutzt wird nach wie vor das Internet (6%) und auch das politische Gespräch unter ArbeitskollegInnen wird nur äusserst selten gesucht (13%).

## 2. Der «Bundesbeschluss über eine Schuldenbremse»

### 2.1 Die Ausgangslage

Mit der einfachen Maxime, der Staat solle über einen Konjunkturzyklus hinweg nicht mehr ausgeben als er einnimmt, zielte der Bundesbeschluss über eine Schuldenbremse darauf ab, den Staatshaushalt und insbesondere die hohe Verschuldung von rund 108 Milliarden Franken wieder ins Lot zu bringen. Mit der Schuldenbremse wollte der Bundesrat in der Verfassung ein Instrument verankern, mit dem das Parlament und dessen Ausgabenfreudigkeit diszipliniert werden sollten. Eine allzu grosszügige Ausgabenpolitik, wie sie in den 80er Jahren verfolgt wurde, sollte mit der Schuldenbremse in Zukunft verhindert werden. Bei ausserordentlichem Zahlungsbedarf, wie etwa bei Naturkatastrophen oder schweren Rezessionen, könnten die Ausgaben jedoch mit einer Mehrheit des Parlaments erhöht werden. Bei den Abstimmungsergebnissen in der kleinen und grossen Kammer standen sich die bürgerlichen Parteien sowie die Linksparteien geschlossen gegenüber. Mit einem Verhältnis von 34 zu 6 Stimmen im Ständerat sowie von 127 zu 64 Stimmen im Nationalrat wurde die Schuldenbremse von der bürgerlichen Mehrheit klar unterstützt.

## 2.2 Die Wahrnehmung

Rund die Hälfte der Stimmberechtigten hatte keine genauen Vorstellungen vom Inhalt der Schuldenbremse. Von den an der Abstimmung *Teilnehmenden* vermochten aber 76 Prozent die wesentlichen Inhaltspunkte zu nennen, wobei der Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben etwas mehr im Vordergrund stand als der Schuldenabbau. Der Zusammenbruch der *Swissair* wurde von den Befragten nicht mit der Schuldenbremse in Zusammenhang gebracht. Nur eine Person stellte die Verbindung explizit her. Von den *Nichtteilnehmenden* konnte nur gut ein Drittel eine Inhaltsangabe machen. In der Westschweiz war die Zahl derer, die keine Aussagen über den Inhalt machen konnten, etwas höher als in der Deutschschweiz.

Tabelle 2.1: Schuldenbremse – Wahrnehmung der Inhalte

Wahrnehmung (gewichtet)	Total % (n)	Nennungen in % der Teilnehmenden	Nennungen in % der Nichtteilnehmenden
Bezug auf Einnahmen und Ausgaben	26 (258)	43 (159)	16 (99)
Bezug auf Schulden und Sparen	25 (249)	33 (122)	20 (127)
Anderes	3 (33)	6 (20)	2 (12)
Falsche Inhalte	2 (21)	4 (14)	1 (7)
Weiss nicht / keine Antwort	45 (453)	19 (69)	62 (385)
Total	101 (1014)	105 (384)	101 (630)

Weil Mehrfachnennungen möglich waren, steigt das Total der Prozente auf über 100 an. Insgesamt wurden von 995 antwortenden Personen 1014 Nennungen angegeben.  
© IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 2. Dezember 2001.

## 2.3 Das Abstimmungsprofil

Wie bereits die kleinen Differenzen auf hohem Niveau bei den Kantonsergebnissen zeigen, war die Einheitlichkeit der Stimmenden das herausragende Merkmal dieser Abstimmung (Nidwalden 90% Zustimmung, Jura, Genf und Tessin 75% Zustimmung). Weder bei der Befürworterschaft noch bei der Gegnerschaft können besondere soziodemographische Merkmale ausgemacht werden. Einzig bei den *politischen Variablen* lassen sich Abweichungen beim Stimmverhalten mit tiefen Signifikanzwerten feststellen. Die höchste Korrelation mit dem Ja- bzw. Nein-Entscheid zeigt sich bei der Einordnung auf der Links/Rechts-Achse. Die Linke wies demnach etwas weniger Geschlossenheit bei der Ablehnung der Schuldenbremse auf als das bürgerliche Lager. Am äusseren Rand der Linken konnte die Schuldenbremse sogar nur noch auf die Hälfte der Stimmenden zählen. Die Analyse der Parteiaffinität bestätigt diesen Befund. Während die Bürgerlichen die Vorlage zu 90 Prozent befürworteten, legten nur knapp 2 von 3 der SP nahe Stehenden ein Ja in die Urne. Trotz des geschlossenen Auftretens der SP bei den Abstimmungen im Parlament, vermochte sie ihre Anhängerschaft demnach nicht ganz zu überzeugen. Die *Wertvorstellungen* der Befragten wirkten sich ebenfalls auf den Stimmentscheid aus, obwohl der Zusammenhang nicht als eng bezeichnet werden darf.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Cramer's V bewegt sich zwischen 0,13 und 0,16 mit Ausnahme der Einstellung zur Armee: Cramer's V = 0,25.

Tabelle 2.2: Schuldenbremse – Stimmverhalten nach politischen Merkmalen

Merkmale/Kategorien	% Ja <sup>a</sup>	(n)	Korrelationskoeffizient <sup>a</sup>
Total VOX (gewichtet)	85	475	
<i>Einordnung auf der Links/Rechts-Achse</i>			V = 0.31***
Linksausseren	(50)	38	
Links	78	64	
Mitte	89	194	
Rechts	89	79	
Rechtsausseren	(90)	41	
<i>Parteisympathie</i>			V = 0.27***
SP	64	81	
CVP	(87)	37	
FDP	91	56	
SVP	89	74	
keine Partei	91	97	

<sup>a</sup> Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. «Methodischer Steckbrief». In Klammern aufgeführte Prozentwerte sind aufgrund der beschränkten Fallzahl lediglich als Tendenz zu interpretieren. Vgl. Methodischer Steckbrief.  
© IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 2. Dezember 2001.

## 2.4 Die Entscheidungsmotive

Betrachtet man die Motive, die zu einer Annahme der Schuldenbremse führten, lassen sich die Stimmenden in drei grössere Gruppen einteilen. 55 Prozent der *Befürworterschaft* begründeten ihren Entscheid mit dem dringenden Schuldenabbau und der Notwendigkeit eines ausgeglichenen Bundeshaushalts. Knapp ein Drittel wollte mit der Ja-Stimme die Politiker und Politikerinnen disziplinieren und ihnen mit der Schuldenbremse das Sparen beibringen. Schliesslich fanden 26 Prozent der BefürworterInnen, dass die Schuldenbremse allgemein ein gutes Instrument sei und deshalb Unterstützung verdiene. Während sich die Entscheidungsmotive in bezug auf Parteisympathie kaum unterscheiden, war die Kritik an den Politikern und Politikerinnen in der Westschweiz nicht gar so laut wie in der Deutschschweiz. Auch die Motivanalyse zeigt, dass das Ende der *Swissair* den Stimmentscheid nicht beeinflusste.

Nur gerade 78 Befragte haben ihr *Nein zur Schuldenbremse* begründet. Angesichts dieser kleinen Zahl lässt sich keine vertiefte Motivanalyse durchführen. Wir beschränkten uns deshalb darauf, die genannten Motive in absoluten Zahlen wiederzugeben. Insgesamt äusserten sich 26 Befragte grundsätzlich negativ zum Bundesbeschluss, 19 befürchteten einen Leistungsabbau im Sozialbereich und für 12 war die Einbusse an staatlicher Flexibilität zu hoch. Auffällig ist, dass nur gerade 4 Mal die Entmündigung des Parlaments als Grund genannt wurde, was dies doch ein prominentes Argument der gegnerischen Abstimmungskampagne.

Tabelle 2.3: Schuldenbremse – Motive der Stimmenden (mehrere Antworten möglich)

Spontan geäusserte Gründe für den Entscheid	Alle Nennungen in % der Antwortenden <sup>a</sup> (n)	Nur Erstnennung in % (n)
<b>JA-Stimmende</b>		
Allgemeines (wichtig, richtig, sinnvoll)	26 (104)	22 (88)
Für stabile Bundesfinanzen und Schuldenabbau	55 (220)	44 (173)
Kritik an Politikern und deren Ausgabenpolitik	32 (126)	19 (77)
Bezug auf Politikbereiche (Expo 02, Swissair, u.a.)	4 (15)	2 (8)
Andere Gründe / falsche Gründe	14 (55)	10 (39)
Weiss nicht / keine Antwort	47 (188)	3 (12)
Total	178 (708)	100 (397)
<b>NEIN-Stimmende</b>		
Allgemeines (überflüssig, utopisch, zu extrem)	(26)	(20)
Furcht vor Kürzungen im Sozialbereich	(19)	(11)
Staat zu wenig flexibel	(16)	(12)
Bezug auf Otto Stich oder SP	(6)	(5)
Bezug auf Entmündigung des Parlaments	(4)	(2)
Bezug auf Machbarkeit	(3)	(2)
Andere Gründe / falsche Gründe	(23)	(16)
Weiss nicht / keine Antwort	(34)	(10)
Total	(131)	(78)

<sup>a</sup> Es waren 2 Antworten möglich. Insgesamt haben 397 Ja- und 78 Nein-Stimmende geantwortet. Angesichts der geringen Anzahl bei den Nein-Stimmenden sind die Nennungen als qualitative Angaben zu behandeln.  
Weil mehrere Antworten möglich waren, steigt das Total der Prozente in der ersten Kolonne auf über 100 an.  
© IPZ / GIS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 2. Dezember 2001

### 3. Die Volksinitiative «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern»

#### 3.1 Die Ausgangslage

Die Volksinitiative der Grünen Partei «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern» war als Einstieg in eine ökologische Steuerreform konzipiert worden. Diese sollte die Besteuerung vom Einkommen zur Energie verlagern. Die Einnahmen aus der Besteuerung nicht erneuerbarer Energieträger sowie der Elektrizität von Wasserkraftwerken hätten die Finanzierung der Sozialwerke sichern und die Kosten einer Herabsetzung des AHV-Rentenalters decken sollen. Die Initiative wurde 1996 zusammen mit einer zweiten Vorlage für ein flexibles Rentenalter 62 eingereicht, welche dem Volk bereits im November 2000 vorgelegt wurde, da der Bundesrat eine thematische Trennung von AHV-Finanzierung und ökologischer Steuerreform anstrebte. Die Ablehnung der «Rentenalter 62»-Initiative führte dazu, dass einer der ursprünglich geplanten Ver-

wendungszwecke der Energiesteuer – die Finanzierung der Senkung des Rentenalters – hinfällig wurde. Da überdies im Bereich der ökologischen Steuerreform bereits im September 2000 drei Vorlagen abgelehnt worden waren, wurden einem erneuten energiepolitischen Vorstoss nur wenig Erfolgsaussichten beigemessen. Der Bundesrat bekräftigte zwar seinen Willen, am Ziel einer ökologischen Steuerreform festzuhalten, lehnte die Initiative aber ebenso wie das Parlament (Nationalrat 119:65; Ständerat 36:0) ab. Kritikpunkte waren die erwähnte Verknüpfung mit den Sozialwerken sowie die offene Formulierung, welche keine Angaben über einen Höchstsatz der Abgaben enthielt. Ausser dem CNG und der Pro Natura lehnten alle grossen Verbände die Vorlage ab. Bei den Parteien wurden die Grünen nur von der SPS, der EVP und der CSP unterstützt. Die breite Abstützung der Gegnerschaft widerspiegelte sich im hohen Nein-Stimmenanteil (77.1%) und der Tatsache, dass kein Kanton die Vorlage annahm.

#### 3.2 Die Wahrnehmung

Die Inhalte der Initiative wurden nur schwach wahrgenommen: 54 Prozent aller Befragten konnten keines der Hauptthemen benennen. Von den *Nichtteilnehmenden* machten gar über zwei Drittel keine Angaben. Bei den *Teilnehmenden* bezogen sich über 50 Prozent der Antworten auf eine neue Steuer und auf die Besteuerung von Energie. Nur wenig ins Gewicht fielen dagegen der Bezug auf die AHV und die Senkung des Energieverbrauchs. Die finanziellen Inhalte der Vorlage überwogen gegenüber den ökologischen und sozialen Aspekten deutlich. Die Kenntnis der Initiativthemen war bei Männern markant höher als bei Frauen, von welchen 58 Prozent keine Angaben machten, gegenüber 37 Prozent bei den Männern. Bei Befragten ohne Parteiaffinität kam es zu deutlich weniger Inhaltsnennungen. Doch selbst fast die Hälfte der mit den Grünen Sympathisierenden machte keine Angaben.

Tabelle 3.1: Initiative «Energie statt Arbeit besteuern» – Wahrnehmung der Inhalte

Wahrnehmung (gewichtet)	Total % (n)	Nennungen in % der Teilnehmenden (n)	Nennungen in % der Nichtteilnehmenden (n)
<b>Bezug auf Besteuerung Energie</b>			
<i>statt Arbeit, Steuer auf Strom/     Treibstoff</i>	21 (208)	31 (116)	15 (92)
<i>Bezug auf neue Steuer allgemein</i>	12 (120)	20 (73)	8 (47)
<i>Bezug auf Steuer für AHV, Soziales</i>	7 (69)	12 (46)	4 (23)
<b>Bezug auf Senkung Energieverbrauch,</b>			
<i>Förderung erneuerbarer Energien</i>	6 (59)	9 (34)	4 (25)
<i>Anderes</i>	3 (29)	4 (15)	2 (14)
<i>Weiss nicht / keine Antwort</i>	54 (539)	30 (110)	69 (429)
Total	103 (1025)	106 (394)	102 (631)

Weil Mehrfachnennungen möglich waren, steigt das Total der Prozente auf über 100 an. Insgesamt wurden von 997 antwortenden Personen 1025 Nennungen angegeben.  
© IPZ / GIS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 2. Dezember 2001.

### 3.3 Das Abstimmungsprofil

Vor allem die politischen Merkmale hatten grossen Einfluss auf das Abstimmungsprofil. Die Parteiparolen wurden, wie bei den Energievorlagen vom September 2000, von den jeweiligen SympathisantInnen meist übernommen. Einzig die Anhängerschaft der SP teilte sich in zwei etwa gleich grosse Blöcke auf, was die geteilten Meinungen innerhalb der Partei und die Stimmfreigabe einzelner Kantonalsektionen widerspiegelt. Bei den übrigen Bundesratsparteien überwog die Ablehnung, ebenso bei Personen, die andere oder keine Parteisympathien angaben. Diese Einschätzung wird durch die Einordnung der Befragten auf der Links/Rechts-Achse bestätigt. Je weiter rechts sich eine Person auf der Achse einstuft, desto geringer wurde die Zustimmung zur Initiative. Mitglieder und SympathisantInnen von Umweltschutzorganisationen und Gewerkschaften befürworteten die Initiative deutlich stärker als Personen, für welche eine Mitgliedschaft nicht vorstellbar war. Ebenso war der Ja-Stimmenanteil bei jenen Befragten höher, die eine Nivellierung der Einkommensunterschiede befürworteten. Bei den gesellschaftlichen Merkmalen spielte die Ausbildung eine Rolle. Die Initiative konnte aber im Gegensatz zum September 2000 in keiner der Ausbildungskategorien eine Mehrheit erreichen. Das Alter, der Wohnort, die soziale Stellung sowie das Haushaltseinkommen hatten keinen signifikanten Einfluss. Die Hypothese von jungen, urbanen, «grünen» BefürworterInnen liess sich damit nicht erhärten. Regionale Unterschiede liessen sich weder zwischen Deutsch- und Westschweiz noch zwischen Bergregionen und Flachland feststellen.

### 3.4 Die Entscheidungsmotive

Klammert man die «weiss nicht»-Antworten aus, so wurde bei den spontanen Gründen für den Stimmentscheid von den *Ja-Stimmenden* das Motiv des Energiesparens und der Förderung alternativer Energien mit 41 Prozent am häufigsten genannt. Weitere 24 Prozent der Ja-Stimmenden führten ökologische Motive ins Feld. Das von Seiten des Initiativkomitees immer wieder ins Spiel gebrachte Argument der Sicherung der Sozialwerke wurde dagegen nur von 23 Prozent der Befürwortenden genannt; es beeinflusste den Ja-Entscheid klar schwächer als die energiepolitischen Motive.

Auf Seiten der *InitiativgegnerInnen* überwogen die finanziellen Motive. Insgesamt 55 Prozent der Antworten richteten sich gegen eine Energieverteuerung resp. gegen neue Abgaben an den Staat, gefolgt von allgemein negativen Gründen (utopisch, zu kompliziert). Die von der Gegnerschaft geltend gemachte Benachteiligung der einheimischen Wasserkraft wurde nur von 9 Prozent der Nein-Stimmenden erwähnt, obwohl das Argument als einer der grössten Schwachpunkte der Initiative dargestellt worden war. Sogar in den direkt betroffenen Bergregionen bewogen vor allem die finanziellen Motive die Stimmenden zur Ablehnung.

Tabelle 3.2: Initiative «Energie statt Arbeit besteuern» – Stimmverhalten nach politischen und gesellschaftlichen Merkmalen

Merkmale/Kategorien	% Nein	(n)	Korrelationskoeffizient <sup>a</sup>
Total VOX (gewichtet)	77	433	
<i>Parteisympathie</i>			V = 0.41***
SP	43	79	
CVP	(87)	37	
FDP	94	50	
SVP	93	69	
Andere Partei	79	90	
Keine Partei	77	96	
Weiss nicht, keine Angaben	(92)	12	
<i>Einordnung auf der Links/Rechts-Achse</i>			V = 0.44***
Links aussen	(32)	41	
Links	60	65	
Mitte	86	175	
Rechts	86	70	
Rechts aussen	(94)	35	
<i>Mitgliedschaft in Umweltschutzorganisation</i>			V = 0.20***
Aktiv / passiv / vorstellbar	68	176	
Nicht vorstellbar	84	235	
<i>Mitgliedschaft Gewerkschaften</i>			V = 0.19***
Aktiv / passiv / vorstellbar	62	103	
Nicht vorstellbar	81	321	
<i>Ausbildung</i>			V = 0.18*
Obligatorische Schulzeit	85	53	
Berufslehre	79	204	
Matur/Lehrerseminar	(57)	28	
Fachschule	83	52	
Fachhochschule	(76)	42	
Universität	(65)	49	
<i>Wertpräferenz Einkommensunterschiede</i>			V = 0.15*
Für grosse Einkommensunterschiede	(71)	35	
Für mittlere Einkommensunterschiede	81	249	
Gegen Einkommensunterschiede	68	113	

<sup>a</sup> Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. «Methodischer Steckbrief». In Klammern aufgeführte Prozentwerte sind aufgrund der beschränkten Fallzahl lediglich als Tendenz zu interpretieren. Vgl. Methodischer Steckbrief.  
© IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 2. Dezember 2001.

Tabelle 3.3: Initiative «Energie statt Arbeit besteuern» – Motive der Stimmenden (mehrere Antworten möglich)

Spontan geäußerte Gründe für den Entscheid	Alle Nennungen in % der Antwortenden <sup>a</sup> (n)	Nur Erstnennung in % (n)
<b>JA-Stimmende</b>		
Energie sparen, alternative Energien fördern, Verursacherprinzip	41 (36)	29 (25)
Für den Umweltschutz, Ökologische Motive	24 (21)	17 (15)
Für die AHV, für den Sozialstaat	23 (20)	11 (10)
Allgemeines (ist wichtig, sinnvoll, guter Anstoss, etc.)	27 (24)	19 (17)
Anderes	11 (10)	10 (9)
Weiss nicht, keine Antwort, falscher Grund	65 (57)	14 (12)
Total	191 (168)	100 (88)
<b>NEIN-Stimmende</b>		
Finanzielle Gründe, gegen Energieverteuerung	27 (94)	21 (72)
Gegen neue Steuern/Abgaben, Markt soll spielen	28 (96)	21 (71)
Gegen Besteuerung der Wasserkraft	9 (32)	6 (20)
Trifft die Falschen, ist nicht gerecht	9 (31)	5 (17)
Gegen Vermischung Lohnnebenkosten/AHV und Umverteilung	4 (14)	2 (6)
Allgemeines (ist utopisch, zu kompliziert, gegen Änderungen)	34 (118)	26 (89)
Anderes	12 (40)	9 (33)
Weiss nicht, keine Antwort, falscher Grund	52 (179)	10 (37)
Total	175 (604)	100 (345)

<sup>a</sup> Es waren 2 Antworten möglich. Insgesamt haben 88 Ja- und 345 Nein-Stimmende geantwortet. Weil mehrere Nennungen möglich waren, steigt das Total der Prozente in der ersten Kolonne auf über 100 an.  
© IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 2. Dezember 2001.

### 3.5 Pro- und Kontra-Argumente

Keines der Pro-Argumente hatte eine grosse Überzeugungskraft. Am meisten Stimmende zeigten sich noch mit dem Argument des Umweltschutzes einverstanden (37%), jedoch lag die Konsistenz hier bei nur 54 Prozent. Dies bedeutet, dass knapp die Hälfte aller, die sich mit dem Argument einverstanden erklärten, an der Urne die Initiative dennoch ablehnte. Auf noch weniger Zustimmung stiessen die Argumente, die Energiesteuer sichere die Zukunft der AHV und komme letztlich der Schweizer Wirtschaft zu Gute.

Alle *Kontra-Argumente* wurden von einer Mehrheit der Stimmenden unterstützt. Am grössten war die Zustimmung zur Aussage, die Initiative sei Zwängerei (62%), gefolgt von der Aussage, mit der Initiative kaufe man die Katze im Sack (61%). Erstaunlicher-

weise wurden diese beiden Argumente bei den spontan geäußerten Entscheidungsmotiven praktisch nie genannt. Das Argument, die Wasserkraftwerke erlitten bei einem Ja Nachteile im internationalen Strommarkt, wurde von 53 Prozent der Stimmenden gutgeheissen. Vor allem im Lager der Befürwortenden war dieses Argument umstritten. Insgesamt zeigten die Kontra-Argumente hohe Konsistenzwerte: Ein Grossteil der Personen, die sich mit ihnen einverstanden erklärten, legte auch ein Nein in die Urne.

Tabelle 3.4: Initiative «Energie statt Arbeit besteuern» – Anklang der Pro- und Kontra-Argumente bei den Stimmenden in Prozent

		Einverstanden	Nicht einv.	Weiss nicht	Konsistenz <sup>a</sup>
<b>Pro-Argumente</b>					
«Die Initiative Energie statt Arbeit schützt die Umwelt, weil Anreize geschaffen werden, Energie zu sparen»	Total	37	47	16	54
	Ja	85	7	8	
	Nein	22	60	18	
«Mit dieser neuen Energiesteuer kann man die finanzielle Zukunft von AHV und von anderen Sozialwerken langfristig sichern»	Total	23	60	17	67
	Ja	66	19	15	
	Nein	10	72	18	
«Letztlich kommen die Energiesteuern der Schweizer Wirtschaft zu Gute»	Total	26	55	19	60
	Ja	66	16	18	
	Nein	14	66	20	
<b>Kontra-Argumente</b>					
«Wenn die Wasserkraftwerke besteuert werden, haben sie zu grosse Nachteile im internationalen Strommarkt»	Total	53	27	20	85
	Ja	35	39	26	
	Nein	59	23	18	
«Weil die maximale Höhe von den Abgaben in der Initiative nicht festgelegt ist, kaufen wir die Katze im Sack»	Total	61	22	17	91
	Ja	24	48	28	
	Nein	73	13	14	
«Das Stimmvolk hat bereits im letzten Jahr drei Energievorlagen verworfen, vor diesem Hintergrund ist die Initiative reine Zwängerei»	Total	62	25	13	91
	Ja	24	62	14	
	Nein	74	14	12	

Resultate in Liniensprozenten. Lesebeispiel: 37% aller Stimmenden pflichteten dem ersten Argument zu, 47% lehnten es ab und 16% konnten sich nicht entscheiden oder gaben keine Antwort.  
Gesamtheit der Stimmenden = 546 (gewichtet)  
<sup>a</sup> Verhaltenskonsistenz liegt dann vor, wenn möglichst viele, die sich mit einem Pro-Argument (resp. Kontra-Argument) einverstanden erklärten, auch tatsächlich ja (resp. nein) stimmten.  
© IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 2. Dezember 2001.



## 4. Die Volksinitiativen «Für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee» und «Solidarität schafft Sicherheit: Für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst»

### 4.1 Die Ausgangslage

Die 1999 von der «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee» (GSoA) eingereichte Volksinitiative «Für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee» verlangte die Abschaffung der Armee in ihrer jetzigen Form und knüpfte in ihrem Wortlaut an die 1989 dem Volk vorgelegte Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee und eine umfassende Friedenspolitik» an: Militärische Ausbildungskurse wären bei einer Annahme fortan nicht mehr durchzuführen, militärische Bestände wären innerhalb von 10 Jahren aufzulösen und Geräte und Einrichtungen – wo möglich – der zivilen Nutzung zuzuführen, andernfalls aber zu vernichten. Die Sicherheitspolitik der Schweiz hätte ihren Fokus auf den Abbau von konflikträchtigen Ungerechtigkeiten im In- und Ausland auszurichten. Die bisher von der Armee wahrgenommenen zivilen Aufgaben wären fortan einer zivilen Organisation anzuvertrauen. Eine bewaffnete Beteiligung an internationalen Friedensbemühungen wäre möglich, jedoch unterläge sie der Zustimmung des Volkes.

Die ebenfalls von der GSoA eingereichte Vorlage «Solidarität schafft Sicherheit: Für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst (ZFD)» verlangte die Einführung einer für jede in der Schweiz wohnhafte Person kostenlos offenstehenden Grundausbildung zum zivilen Friedensdienst. Dieser sollte mittels unbewaffneter Einsätze und im Auftrag von staatlichen, internationalen oder auch Nichtregierungs-Organisationen im In- und Ausland dazu beitragen, Gewalt abzubauen.

Auf Antrag des Bundesrats empfahlen beide Parlamentskammern die Ablehnung der Initiativen. Auch innerhalb der Bundesratsparteien fand sich nur geringe Unterstützung für beide Vorlagen: Einzig die SP – in deren Reihen über die Abstimmungsparolen kontrovers diskutiert wurde – empfahl ein Ja für den Zivilen Friedensdienst und entschied sich für eine Stimmfreigabe hinsichtlich der Initiative «Schweiz ohne Armee». Von den Nicht-Bundesratsparteien stellten sich einzig die Grünen (zweimal Ja) und die CSP (Ja zum Zivilen Friedensdienst) der geschlossenen Front der Initiativ-Gegner entgegen. Der Abstimmungskampf erzielte eine weitaus geringere Mobilisierungswirkung, als dies 1989 noch der Fall war: Gingen 1989 noch 68,6 Prozent der Stimmberechtigten an die Urne, so blieben ihr am 2. Dezember 2001 62,5 Prozent fern. Es stellt sich die Frage, weshalb die seinerzeit (1989) noch kontrovers diskutierte «Schlachtung der heiligen Kuh Armee» 2001 so wenig Resonanz erwarb?

### 4.2 Die Wahrnehmung

Einleitend sei erwähnt, dass sich Abstimmungsprofil und Wahrnehmung beider Initiativen sehr ähnlich sind: So votierte eine Mehrzahl der ArmeeabschaffungsgegnerInnen auch gegen die Friedensdienst-Initiative (88%). Wer sich hingegen für letztere aussprach,

stimmte auch mehrheitlich zugunsten der Abschaffung der Armee (66%). Weil die Unterschiede im Abstimmungsprofil und in der Wahrnehmung beider Initiativen marginal sind, soll im Fortgang dieser Analyse nur dort erklärend auf statistische Messwerte der Friedensdienst-Initiative eingegangen werden, wo diese sich deutlich von denjenigen der Initiative für eine Schweiz ohne Armee unterscheiden.

Mehr als ein Viertel aller Befragten wusste nicht, worum es bei der Initiative für eine Schweiz ohne Armee ging. Bei der Friedensdienst-Initiative vermochten gar weniger als die Hälfte aller Befragten eine Inhaltsangabe zu machen. Dies legt die Vermutung nahe, dass die Initiative für eine Schweiz ohne Armee eine «Zugpferdfunktion» ausübte, mit dem Ergebnis, dass die meisten, welche sie verworfen, auch gegen den Zivilen Friedensdienst votierten.

Tabelle 4.1: Initiative für eine Schweiz ohne Armee und Friedensdienst-Initiative – Wahrnehmung der Inhalte

Wahrnehmung (gewichtet)	Total % (n)	Nennungen in % der Teilnehmenden (n)	Nennungen in % der Nichtteilnehmenden (n)
<b>Schweiz ohne Armee</b>			
Bezug auf Armeeabschaffung	60 (599)	73 (273)	52 (324)
Bezug auf Teilabschaffung	7 (73)	9 (33)	6 (40)
Anderes / Allgemeines	6 (57)	8 (31)	4 (26)
Weiss nicht / keine Antwort	28 (275)	10 (38)	38 (235)
Total	100 (1004)	101 (375)	100 (625)
<b>Ziviler Friedensdienst</b>			
Bezug auf Friedensdienst	18 (177)	24 (87)	14 (87)
Bezug auf Alternative zur Armee	13 (129)	22 (81)	8 (47)
Bezug auf Friedensdienst im Ausland	11 (110)	19 (71)	7 (42)
Anderes	7 (67)	11 (40)	4 (26)
Weiss nicht / keine Antwort	54 (544)	30 (112)	69 (428)
Total	103 (1027)	105 (391)	101 (630)

Weil Mehrfachnennungen möglich waren, steigt das Total der Prozente auf über 100 an. Insgesamt haben 1000 Befragte 1004 Antworten (Initiative Schweiz ohne Armee) bzw. 998 Befragte 1027 Antworten (Friedensdienst-Initiative) gegeben.  
© IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 2. Dezember 2001.

### 4.3 Das Abstimmungsprofil

Angesichts des deutlichen Abstimmungsergebnisses und dem damit verbundenen Umstand der geringen Fallzahlen für die Ja-Stimmenden sind die meisten Befunde nur mit grosser Vorsicht zu interpretieren. Das Abstimmungsprofil für die Initiative für eine Schweiz ohne Armee wurde zudem mit demjenigen von 1989 verglichen, wenngleich natürlich gewisse Vorbedingungen wie die Abstimmungskampagne (welche weitaus weniger intensiv geführt wurde) und die Parteiparolen nicht in beiden Fällen identisch waren. Zudem ist zu beachten, dass Fragen und Kategorisierungen nicht immer deckungsgleich sind.

Wie schon 1989 verlief der Graben zwischen ArmeegegnerInnen und -befürworterInnen entlang den politischen Konfliktlinien – jedoch weniger tief als noch vor 12 Jahren. Der Anteil der Nein-Stimmenden veränderte sich im rechten Lager unmerklich und blieb hoch (um 90 Prozent), jedoch fehlten diesmal den InitiantInnen die Ja-Stimmen aus der Mitte und insbesondere aus dem linken Lager sowie von denjenigen, die sich keiner Partei verbunden fühlen: Dort verschoben sich die Stimmenanteile gravierender als im rechten Lager. Dieser Umstand war wohl massgeblich verantwortlich für das deutliche Nein zum Anliegen der ArmeegegnerInnen, welche 1989 angesichts der unerwartet hohen Ja-Stimmenanteile noch triumphieren durften.

Ein ähnliches, jedoch weniger scharfe Konturen aufweisendes Bild präsentiert sich bei der Analyse der soziodemographischen Merkmale. Der Nein-Stimmenanteil bei der Weltkriegsgeneration blieb beinahe unverändert hoch, männliche Befragte im Auszugsalter jedoch stimmten diesmal deutlich gegen die Initiative, während dieselben 1989 noch zu über 60 Prozent dafür waren. Angesichts dieser ins Auge stechenden Unterschiede zu 1989 darf man – wengleich die Fallzahlen zur Vorsicht mahnen – von einem beinahe schon erdrutschartigen Umschwung sprechen.

Bei der Friedensdienst-Initiative ergibt sich – nicht unerwartet – ein ähnlicher Befund, zuweilen gar etwas stärker akzentuiert: Die politischen Merkmale weisen die höchsten Korrelationsmasszahlen auf. Anders als bei der Initiative für eine Schweiz ohne Armee können wir hier aber auch Konturen des Abstimmungsprofils beim Merkmal Sprache erkennen. Die lateinische Schweiz stimmte weniger häufig Nein als die Deutschschweiz. Gleichwohl findet sich beinahe nirgendwo (ausser im linken Lager und bei der SP) eine Mehrheit zugunsten der Initiative.

Vergleicht man die Wertpräferenzen der Befragten mit ihrem Stimmentscheid, so ergibt sich wenig überraschend ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Einstellung zur Schweizer Armee und dem Stimmentscheid. BefürworterInnen einer starken Armee, die im Sample der Befragten beinahe die Hälfte (49%) ausmachten, trugen zu über 90 Prozent ein Nein zur Initiative für eine Schweiz ohne Armee zur Urne. Von denjenigen, welche sich für eine Schweiz ohne Armee oder für eine schwache Armee aussprachen (15% aller Befragten), entschieden sich umgekehrt 84 Prozent für die Initiative. Aus der Gruppe derjenigen mit gemischten Wertvorstellungen, die doch ein Drittel der Befragten ausmachten und die wohl am ehesten als Denkwort-Stimmende prädestiniert waren, stimmte ein überwältigendes Mehr (87%) gegen die Initiative.

Betrachtet man die Entwicklung der Einstellung zur Armee über die letzten Jahre hinweg, so wird ersichtlich, dass sich das deutliche Nein bereits zuvor abzeichnete. Der Anteil «harter» ArmeegegnerInnen (Werte 5 und 6) hat sich über die Jahre hinweg von 25 auf 18 Prozent reduziert, in der Umfrage zum letzten Abstimmungswochenende betrug er gerade noch 15 Prozent. Dies deckt sich mit dem Abstimmungsresultat: Abzüglich der falschen Motive (siehe Tabelle 4.5) betrug der gewichtete Ja-Stimmenanteil noch 17,6 Prozent – also genau der durchschnittliche Anteil «harter» ArmeegegnerInnen, wie er für die letzten 9 Abstimmungswochenenden errechnet wurde. Ein höherer Ja-Stimmenanteil wäre nur dann möglich gewesen, wenn aus dem Lager derjenigen mit gemischten Wertvorstellungen Denkwortstimmen gekommen wären. Sie blieben jedoch aus.

Tabelle 4.2: Armee-Initiativen – Stimmverhalten nach politischen und gesellschaftlichen Merkmalen

Merkmale/Kategorien	Schweiz ohne Armee % Nein (n)	Abweichung von 1989* (in Prozentpunkten)	Ziviler Friedensdienst % Nein (n)*	Korrelationskoeffizient Cramers V (in Klammern für ZFD) <sup>a</sup>
Total VOX (gewichtet)	78 (493)	+14	77 (428)	
<i>Parteisymphathie</i>				0.38*** (0.41***)
SP	46 (84)	+10	43 (74)	
CVP	(90) (39)	+6	(91) (32)	
FDP	93 (59)	+1	92 (52)	
SVP	93 (73)	+2	93 (70)	
Keine Parteiaffinität	76 (118)	+15	83 (98)	
Andere Parteien	80 (100)	+38	73 (86)	
Weiss nicht / keine Antwort	(85) (20)	+27	(80) (15)	
<i>Einordnung auf der Links/Rechts-Achse</i>				0.44*** (0.50***)
Links aussen	(36) (42)	+10	(29) (35)	
Links	53 (68)	+14	49 (60)	
Mitte	86 (199)	+10	89 (173)	
Rechts	90 (79)	+8	86 (72)	
Rechts aussen	(90) (41)	+/-0	(91) (35)	
<i>Alter*</i>				0.24*** (0.16*)
18–29 Jahre	(63) (38)	+24	(71) (31)	
30–39 Jahre	69 (80)	+20	70 (70)	
40–49 Jahre	67 (91)	-1	71 (82)	
50–59 Jahre	79 (85)	+7	73 (71)	
60–69 Jahre	89 (90)	+2	85 (81)	
über 70 Jahre	89 (109)	+4	85 (94)	
<i>Schulbildung</i>				0.14** (0.12*)
Universitätsausbildung	62 (52)	+20	(62) (45)	
keine Universitätsausbildung	80 (434)	+14	79 (378)	
<i>Einstellung zur Armee</i>				0.65*** (0.54***)
für eine starke Armee	91 (283)		93 (239)	
gemischte Wertvorstellungen	87 (127)		74 (115)	
schwache / keine Armee	16 (77)		29 (69)	
Weiss nicht / keine Antwort	(67) (6)		(50) (6)	
<i>Auszugsalter* (nur Männer)</i>				0.23*** (0.16*)
Auszugsalter (19–42 Jahre)	65 (82)	+29	69 (70)	
über 42 Jahre	85 (183)	+13	83 (167)	
<i>Konfession</i>				0.17* (0.2**)
Protestantisch	82 (221)	+18	82 (195)	
Katholisch	75 (180)	+6	75 (158)	
Konfessionslos	65 (55)	+38	(63) (46)	

<sup>a</sup> Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. «Methodischer Steckbrief».

\* In der Kolonne «Abweichung von 1989» wird in Prozentpunkten die Differenz zum 1989 für die Armeeausschaffungsinitiative ermittelten Nein-Anteil angegeben. Die Abweichung bezieht sich lediglich auf die Initiative für eine Schweiz ohne Armee, die einen der 1989er Abstimmung sehr ähnlichen Wortlaut enthält, und nicht auf die Friedensdienst-Initiative. Zur Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee und eine umfassende Friedenspolitik» siehe: Longchamp, Claude (1989): Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 26. November 1989, VOX Nr. 38.

\* 1989 war man erst ab 20 Jahren stimmberechtigt. Die Kategorie umfasste demnach 20–29jährige.

\* 1989 (Armee 61) erfolgte die Aushebung mit 19, die Rekrutenschule mit 20 und das Auszugsalter dauerte bis zum 32. Lebensjahr. Danach diente der Soldat bis 42 in der Kategorie «Landwehr» und bis 50 in der Kategorie «Landsturm». Heute (Armee 95) dauert das Auszugsalter bis 42, danach folgt für den Soldaten die Entlassung aus der Armee. Infolgedessen enthielt die Kategorie «Auszugsalter» im Jahre 1989 alle Altersjahre bis 32, dieselbe Kategorie enthält in der jetzigen Analyse alle Altersjahre bis 42. In Klammern aufgeführte Prozentwerte sind aufgrund der beschränkten Fallzahl lediglich als Tendenz zu interpretieren. Vgl. Methodischer Steckbrief.

© IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 2. Dezember 2001.

Tabelle 4.3: Einstellung zur Armee – Entwicklung

Kategorien – Anteil Antwortender in %	Wert 1 (starke Armee)	Wert 2	Wert 3	Wert 4	Wert 5	Wert 6 (keine Armee)
Durchschnitt der 17 Abstimmungs- wochenenden vom August 1993 bis November 1998	23	16	23	11	9	16
Durchschnitt der 9 Abstimmungs- wochenenden vom Februar 1999 bis Juni 2001	27	14	28	10	6	12
Abstimmung vom 2. Dezember 2001	31	18	24	6	4	11
Die Frage lautete: «Möchten Sie eine Schweiz mit einer starken Armee oder eine Schweiz ohne Armee?» Die Befragten konnten ihre Präferenz daraufhin auf einer Skala von 1 (starke Armee) bis 6 (keine Armee) einordnen. © IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 2. Dezember 2001.						

Lässt sich ein Tabu wirklich nicht zweimal brechen, wie Andreas Gross vor seinem Rücktritt aus der GSoA warnte, oder vermochten die Armeegeegner ihre Gleichgesinnten nur unzureichend zu mobilisieren? Wohl beides. Wenn man die beiden Merkmale Parteilaffinität und Einordnung auf der Links/Rechts-Achse bezüglich Teilnahme und Anteil an den Ja-Stimmen analysiert,<sup>2</sup> so erkennt man, dass die Beteiligung dort am stärksten abnahm, wo den ArmeegeegnerInnen 1989 der grösste Einbruch in die Phalanx der ArmeebefürworterInnen gelang: Bei den parteiungebunden Stimmenden und im linken Lager. Kombiniert man dies mit der zuvor gewonnenen Erkenntnis, wonach die Ja-Stimmenanteile innerhalb der Linken und der Parteiunabhängigen ebenfalls zurückgegangen sind, so kommt man zum Schluss, dass sowohl Mobilisierung als auch verändertes Stimmverhalten zum deutlichen Ergebnis beitrugen. Die Tabubrecher aus den Reihen der Linken und vor allem aus den Reihen derjenigen ohne Parteibindung blieben am 2. Dezember entweder zu Hause oder legten mehrheitlich ein Nein in die Urne. Beides zusammen hatte einen doppelt negativen Effekt auf den Ja-Stimmenanteil.

#### 4.4 Die Entscheidungsmotive

Ein Blick auf die Stimm motive macht deutlich, dass eine Schweiz ohne Armee für eine klare Mehrheit der Bevölkerung unvorstellbar bleibt. Eine eigene Armee ist für 79 Prozent (Erstnennung, 1989 waren es insgesamt 81%) der Initiativgegnerschaft eine absolute Notwendigkeit. Andere Gründe spielten für die ArmeebefürworterInnen eine äusserst marginale Rolle.

Die Begründung der BefürworterInnen der Initiative fiel weniger eindeutig aus. Wie bei den Kontra-Motiven überwiegt auch bei den Pro-Motiven die grundlegende Kritik, hier

<sup>2</sup> Die Unterschiede zwischen den Nein-Stimmen-Anteilen 2001 und 1989 sind bei gewissen Merkmalskategorien (v.a. Alter) noch höher als bei den politischen Variablen Parteilaffinität und Einordnung auf Links/Rechts-Achse. Wenn man in einer logistischen Regression die in der Tabelle 4.2 enthaltenen, bivariat signifikanten Variablen (mit Ausnahme der Einstellung zur Armee) auf ihren Einfluss auf den Stimmentscheid testet, so stellt man fest, dass die politischen Merkmale «Einordnung auf Links/Rechts-Achse» und «Parteilaffinität» (allerdings ohne die Residualkategorien «keine Parteilaffinität» und «andere Parteien») die höchsten (untereinander vergleichbaren) Regressions- oder Effektkoeffizienten aufweisen. Dieser Test mit einem multivariatem Modell weist darauf hin, dass der Einfluss auf das Stimmverhalten bei den gesellschaftlichen Merkmalen (Alter, etc.) weniger ausgeprägt ist als bei den politischen Merkmalen. Deshalb haben wir unser Augenmerk in der Analyse der Unterschiede zu 1989 auf die politischen Merkmale gerichtet.

Tabelle 4.4: Armeeeabschaffungsinitiativen 1989 und 2001 – Beteiligung und Anteil an den Ja-Stimmen

Merkmale/Kategorien	Anteil an Ja-Stimmen 2001 in % <sup>a</sup>	Anteil an Ja-Stimmen 1989 in % <sup>a</sup>	2001 Beteiligung in Prozentpunkten über/unter dem Durchschnitt	1989 Beteiligung in Prozentpunkten über/unter dem Durchschnitt
<b>Parteilaffinität</b>				
SP	42	20	+11	+7
Keine Parteilaffinität	25	45	-14	-7
CVP	4	4	+17	+10
FDP	4	3	+16	+13
SVP	5	1	+14	+11
<b>Links/Rechts-Spektrum</b>				
Links	30	29	-3	+3
Mitte	25	20	+8	+1
Links aussen	25	23	+19	+11
Rechts	7	8	+15	+4
Rechts aussen	4	2	+23	+11
In den Kolonnen «Anteil an Ja-Stimmen 2001 bzw. 1989» ist der Anteil an der Gesamtanzahl Ja-Stimmen angegeben. Beispiel: 42 Prozent der Ja-Stimmen 2001 stammten von SP-SympathisantInnen. 1989 betrug dieser Anteil lediglich 20 Prozent. Die Kolonnen «Beteiligung in Prozentpunkten über/unter dem Durchschnitt» geben die Abweichung der Beteiligung in Prozentpunkten von der durchschnittlichen Beteiligung (1989: 68,6%; 2001: 37,4%) an. © IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 2. Dezember 2001.				

allerdings mit umgekehrten Vorzeichen: Der am häufigsten genannte Grund für einen positiven Stimmentscheid war eine allgemeine Armeekritik. Danach folgt bereits die Kategorie «falsche Motive» (Erstnennung). Beinahe ein Fünftel aller Ja-Stimmenden gab sein Votum im Glauben, es zugunsten der Armee (und damit gegen deren Abschaffung) getan zu haben. Paradoxerweise verhinderten also die ArmeebefürworterInnen eine noch weitaus grössere Kalamität für die ArmeegeegnerInnen. Lediglich 15 Prozent der Ja-Stimmenden nahmen bei der Motivnennung Bezug auf die geänderte Sicherheitslage und gar nur 9 Prozent nannten explizit pazifistische Motive (Erstnennung).

Die Bedrohung durch Terrorschläge, wie sie insbesondere nach den Ereignissen am 11. September 2001 im Bewusstsein einer geschockten Öffentlichkeit spürbar wurde, diente beiden Lagern als Argument für deren jeweiligen Standpunkt. Gegen solche Attacken sei selbst die höchstgerüstete Armee nicht gefeit, argumentierte die Pro-Seite, während die Kontra-Seite die Notwendigkeit einer Selbstverteidigung mit dem Argument der gespannten sicherheitspolitischen Weltlage hervorhob. Das Argument fand offenbar in beiden Lagern keinen Anklang: Nur 20 von insgesamt 630 Nennungen zur Begründung des negativen Entscheids nahmen auf den 11. September Bezug, bei den BefürworterInnen fand sich keine einzige Bezugnahme. Zwar kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich beispielsweise hinter dem Motiv der Notwendigkeit einer Armee auch das erhöhte Sicherheitsbedürfnis angesichts der gespannten Weltlage verbirgt, gleichwohl wurde das aktuelle Tagesgeschehen mit wenigen Ausnahmen nicht explizit als Motiv genannt.

Bei der Friedensdienst-Initiative konstatieren wir ein weitaus stärker diversifiziertes Nein. Die Gegnerschaft opponierte nicht gegen das hehre Ziel der Initiative, wie dies auch in der Stellungnahme des Bundesrats zum Ausdruck kommt, sondern gegen die Mittel hierzu: 33 Prozent der Teilnehmenden (Erstnennung) waren der Meinung, der Zivile Friedensdienst sei überflüssig, nicht durchdacht oder zu teuer. Die restlichen Nein-Motive umfassten allgemein negative Äusserungen, taktische Gründe wie auch das Motiv der Armeeabschaffung. Im Lager der Befürwortenden wurden die Solidarität (28%), Allgemeines (27%) sowie allgemeine Armeekritik (21%) am häufigsten als Motiv genannt (Erstnennung).

#### 4.5 Pro- und Kontra-Argumente

Was bereits aus der Analyse der Stimmotive ersichtlich wurde, bestätigt sich bei der Beurteilung der während der Kampagne vorgebrachten Pro- und Kontra-Argumente: Die Armee ist gegenwärtig als Institution nicht wegzudenken. 78 Prozent der Befragten pflichteten dem *Kontra-Argument* der Notwendigkeit einer Armee zwecks militärischer Verteidigung zu. Das Argument weist zudem die höchste Verhaltenskonsistenz auf: 92 Prozent derjenigen, welche sich mit dem *Kontra-Argument* einverstanden erklärten,

Tabelle 4.5: Initiative für eine Schweiz ohne Armee – Motive (mehrere Antworten möglich)

Spontan geäusserte Gründe für den Entscheid	Alle Nennungen in % der Antwortenden <sup>a</sup> (n)	Nur Erstnennung in % (n)
<b>JA-Stimmende</b>		
Armeekritik, Einsparungen beim Militär	60 (72)	41 (49)
Bezug auf Änderung der Sicherheitslage	26 (31)	15 (18)
Falsche Motive	26 (31)	19 (23)
Bezug auf Pazifismus	14 (17)	9 (11)
Anderes (Empfehlung Partei, taktische Gründe)	13 (16)	8 (9)
Weiss nicht / keine Antwort	36 (45)	3 (5)
Total	184 (224)	100 (122)
<b>NEIN-Stimmende</b>		
Notwendigkeit einer Armee	99 (366)	79 (292)
Notwendigkeit einer Armee im Allgemeinen	78 (288)	64 (234)
Notwendigkeit einer Armee für die Schweiz	21 (78)	16 (58)
Arbeitsplätze/Wirtschaft	6 (23)	3 (11)
Bezug auf aktuelle Weltlage/11. September	5 (20)	3 (10)
Anderes (Empfehlung Partei, taktische Gründe)	9 (35)	6 (22)
Weiss nicht / keine Antwort	30 (112)	2 (6)
Total	170 (630)	100 (371)

<sup>a</sup> Insgesamt haben 122 Befragte zu Pro-Motiven und 371 Befragte zu Kontra-Motiven Angaben gemacht. Weil Mehrfachnennungen möglich waren, steigt das Total der Prozente in der ersten Kolonne auf über 100 an. Die Tabelle enthält die jeweils am häufigsten genannten Ja- bzw. Nein-Motive.  
© IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 2. Dezember 2001.

Tabelle 4.6: Ziviler Friedensdienst – Motive (mehrere Antworten möglich)

Spontan geäusserte Gründe für den Entscheid	Alle Nennungen in % der Antwortenden <sup>a</sup> (n)	Nur Erstnennung in % (n)
<b>JA-Stimmende</b>		
Armeekritik, Einsparungen beim Militär	24 (27)	21 (24)
Bezug auf Änderung der Sicherheitslage	7 (8)	6 (7)
Solidarität, Image, Frieden zivil erschaffen	42 (47)	28 (32)
Allgemeines	35 (39)	27 (30)
Weiss nicht / keine Antwort	50 (57)	6 (7)
Total	174 (196)	100 (113)
<b>NEIN-Stimmende</b>		
Überflüssig, teuer, nicht durchdacht	465 (140)	33 (105)
Ist überflüssig	11 (34)	9 (29)
Schon genug Friedensorganisationen	12 (38)	10 (31)
Allgemeine negative Äusserungen (Utopie etc.)	34 (106)	14 (45)
Gegen Auslandseinsätze	18 (56)	13 (41)
Gegen Armeeabschaffung	16 (50)	15 (47)
Weiss nicht / keine Antwort	44 (137)	10 (31)
Total	173 (545)	100 (315)

<sup>a</sup> Insgesamt haben 113 Befragte zu Pro-Motiven und 315 Befragte zu Kontra-Motiven Angaben gemacht. Weil Mehrfachnennungen möglich waren, steigt das Total der Prozente in der ersten Kolonne auf über 100 an. Die Tabelle enthält die jeweils am häufigsten genannten Ja- bzw. Nein-Motive.  
© IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 2. Dezember 2001.

legten auch zur Frage der Armeeabschaffung ein Nein in die Urne. Eine noch höhere Zustimmung erfuhr das *Kontra-Argument* der Notwendigkeit einer Armee zwecks Katastrophenhilfe, jedoch weist es eine geringere Verhaltenskonsistenz auf. Dass es sich hierbei wohl eher um ein Verlegenheitsargument handelt, wird zudem aus den Motivnennungen deutlich: Kaum jemand (2% der Erstnennungen) nahm auf die Katastrophenhilfe Bezug. Mit dem *Kontra-Motiv*, wonach sich die Schweizer Armee bereits genügend reformiert habe, versuchte die *Initiativ-Gegnerschaft* die 1989 so zahlreichen Denkmittel-Stimmenden auf ihre Seite zu ziehen. Tatsächlich blieben die Denkmittelstimmen diesmal aus, aber dies war kein Verdienst des Reform-Arguments: Nur 59 Prozent der Befragten pflichteten diesem bei, wobei 15 Prozent sich darüber noch keine Meinung gebildet hatten.

Erstaunlicherweise waren doch über die Hälfte aller Befragten mit dem *Pro-Argument* einverstanden (von den Nein-Stimmenden waren nur 35 Prozent nicht einverstanden), dass die Schweiz gegenwärtig vor allem von Gefahren bedroht sei, auf welche man nicht mit militärischen Mitteln antworten könne. Dies deutet darauf hin, dass selbst für einen grossen Teil der Nein-Stimmenden die Armee entweder nicht mehr allen Gefahren von Aussen gewachsen ist oder deren Notwendigkeit letztlich gar keiner Begründung bedarf, sondern vielmehr einen traditionellen Wert an sich hat. Anders ist dieser ansonsten unauflösbare Widerspruch zwischen einem Ja zu einer Armee zwecks militärischer Landesverteidigung und einem Nein zur Möglichkeit einer Abwehr von *allen* feindlichen

Tabelle 4.7: Initiative Schweiz ohne Armee – Anklang der Pro- und Kontra-Argumente bei den Stimmenden in Prozent

		Einver- standen	Nicht einv.	Weiss nicht	Konsistenz <sup>a</sup>
<b>Pro-Argumente</b>					
«Die Schweiz sollte einen grösseren Beitrag an die zivile Friedensförderung leisten»	Total	37	50	12	39
	Ja	66	25	8	
	Nein	29	50	13	
«Die Schweiz ist heute vor allem von Gefahren bedroht, auf die man mit militärischen Mitteln nicht antworten kann»	Total	51	32	16	31
	Ja	72	22	6	
	Nein	46	35	19	
«Mit der Abschaffung der Armee können wir Steuern sparen oder viel Geld sinnvoller einsetzen»	Total	26	64	10	58
	Ja	68	24	8	
	Nein	14	75	11	
<b>Kontra-Argumente</b>					
«Die Schweiz braucht eine Armee, damit wir unser Land in jedem Fall auch militärisch verteidigen können»	Total	78	18	4	92
	Ja	28	64	8	
	Nein	92	5	3	
«Die Schweiz braucht eine Armee, weil es bei Katastrophen und ausserordentlichen Anlässen genügend Einsatzkräfte braucht»	Total	81	15	3	87
	Ja	47	45	8	
	Nein	91	7	2	
«Die Schweizer Armee hat sich mit den jüngsten Reformen den neuen Herausforderungen schon genug angepasst»	Total	59	25	15	89
	Ja	30	54	17	
	Nein	68	17	15	
<small>Resultate in Linienprozenten. Lesebeispiel: 37% aller Stimmenden pflichteten dem ersten Argument zu, 50% lehnten es ab und 12% konnten sich nicht entscheiden oder gaben keine Antwort. Gesamtheit der Stimmenden = 546 (gewichtet)</small>					
<small><sup>a</sup> Verhaltenskonsistenz liegt dann vor, wenn möglichst viele, die sich mit einem Pro-Argument (resp. Kontra-Argument) einverstanden erklären, auch tatsächlich ja (resp. nein) stimmen.</small>					
<small>© IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 2. Dezember 2001.</small>					

Attacken nur schwer erklärbar. Die Armee bietet nach Ansicht ihrer GegnerInnen wie auch ihrer BefürworterInnen nicht mehr einen Schutz gegen alle Gefahren von aussen, aber zumindest gegen einige oder sie dient – als Kristallisationspunkt traditioneller Identifikation – der Konstruktion kollektiver Identität und hat damit in den Augen ihrer Befürworterschaft eine Daseinsberechtigung, die sich nicht alleine an der Höhe ihres Verteidigungspotentials messen lässt. Dies lässt sich anhand der hier vorliegenden Daten nicht beweisen, aber zumindest vermuten. Für den Stimmentscheid war dieses Argument jedoch irrelevant. Weniger als ein Drittel derjenigen, welche damit einverstanden waren, stimmte auch Ja zur Abschaffung der Armee. Die anderen Pro-Argumente fanden bei den Befragten keinen hohen Anklang: Dem Sparargument stimmten nur gerade 26 Prozent der Befragten zu und mit dem Argument, wonach die Schweiz einen grösseren Beitrag an die zivile Friedensförderung leisten sollte, zeigten sich 37 Prozent der Befragten einverstanden.

## 5. Die Volksinitiative «Für eine Kapitalgewinnsteuer»

### 5.1 Die Ausgangslage

Mit Blick auf die 90er Jahre, die sich vor allem durch Rezession, Arbeitslosigkeit, hohe Staatsdefizite, aber auch durch grosse Börsengewinne auszeichneten, lancierte der Schweizerische Gewerkschaftsbund die Initiative «Für eine Kapitalgewinnsteuer». Die Initiative wurde am 5. November 1999 eingereicht und verlangte die Besteuerung privater Kapitalgewinne auf beweglichem Vermögen. Die Kapitalgewinne sollten dabei zu einem einheitlichen, proportionalen Steuersatz von mindestens 20 Prozent besteuert werden. Kapitalverluste hätten in einem Zeitraum von 2 Jahren mit den Gewinnen verrechnet werden können. Den Initianten ging es vor allem darum, ein fiskalisches «Schlupfloch» im schweizerischen Steuersystem zu stopfen und mehr Steuergerechtigkeit herzustellen.

Bundesrat und Parlament lehnten das Volksbegehren ohne Gegenvorschlag ab. Im Nationalrat betrug das Verhältnis 120 zu 65 Stimmen, im Ständerat 35 zu 6 Stimmen. Gestützt wurde die Vorlage von Linksparteien, Gewerkschaften und alternativen Kreisen. Die bürgerlichen Parteien opponierten geschlossen und führten gegen die Initiative vor allem die Kollision mit der Vermögenssteuer, den hohen administrativen Aufwand für einen geringen Ertrag sowie generell eine Schwächung des Wirtschaftsstandorts Schweiz ins Feld. Mit 65,9 Prozent Nein-Stimmen wurde die Initiative klar verworfen.

### 5.2 Die Wahrnehmung

82 Prozent der *Teilnehmenden* vermochten die wesentlichen Punkte des Volkbegehrens zu benennen. Bei den *Nichtteilnehmenden* waren es lediglich 45 Prozent. Eine der Hauptforderungen des Initiativkomitees, nämlich mehr Gerechtigkeit in unserem Steuersystem herzustellen, ging jedoch sowohl bei den Teilnehmenden als auch bei den Nichtteilnehmenden fast völlig unter. Auffallend ist, dass knapp ein Fünftel der Stimmenden vom Inhalt der Vorlage wenig Kenntnisse hatte. Die Mehrzahl der Stimmberechtigten, die der Urne fern blieben, vermochte keine Inhaltsangaben zur Kapitalgewinnsteuer zu machen.

Die Wahrnehmung der Initiative variierte kaum. Sprachregionale Unterschiede waren nicht erkennbar. Selbst Ja- und Nein-Stimmende unterschieden sich in Bezug auf die Wahrnehmung der Kapitalgewinnsteuer nur gering voneinander.

Tabelle 5.1: Kapitalgewinnsteuer – Wahrnehmung der Inhalte

Wahrnehmung (gewichtet)	Total % (n)	Nennungen in % der Teilnehmenden (n)	Nennungen in % der Nichtteilnehmenden (n)
Bezug auf Aktien, Börsengewinne, Kapital	47 (466)	67 (251)	35 (215)
Bezug auf neue Steuer, Steuersatz, Vermögenssteuer	9 (91)	11 (41)	8 (50)
Bezug auf Gerechtigkeit, Reiche	3 (25)	4 (14)	2 (11)
Anderes	2 (23)	4 (13)	2 (10)
Weiss nicht / keine Antwort	41 (410)	18 (66)	55 (344)
Total	102 (1015)	104 (385)	102 (630)

Weil Mehrfachnennungen möglich waren, steigt das Total der Prozente auf über 100 an. Insgesamt wurden von 996 antwortenden Personen 1015 Nennungen angegeben.  
© IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 2. Dezember 2001.

### 5.3 Das Abstimmungsprofil

Die Ergebnisse der Nachbefragung unterstreichen den klaren Links/Rechts-Gegensatz, der bereits bei den Abstimmungen im National- und Ständerat zum Ausdruck kam. Ausserhalb der linken Stammwählerschaft genoss die Initiative keine grosse Unterstützung. Von jenen, die sich politisch in der Mitte oder rechts davon positionierten, lehnten drei Viertel die Initiative ab. In der Parteienlandschaft stand die SP mit ihrem tiefen Nein-Stimmenanteil alleine auf weiter Flur. Die Anhängerschaft der drei bürgerlichen Bundesratsparteien verwarf die Initiative zum Teil wuchtig. Auch die Analyse der Wertvorstellungen untermauert den Links/Rechts-Gegensatz. So fand etwa die Initiative bei jenen, die für eine Nivellierung der Einkommensunterschiede einstanden, am meisten Unterstützung. Wer der Regierung Vertrauen schenkt, lehnte die Initiative eher ab. Auffällig ist, dass die Höhe des Haushalteinkommens den Stimmentscheid nicht massgeblich beeinflusste. Stimmende jedoch, die in einem Einfamilienhaus wohnen und/oder Immobilien besitzen, lehnten die Kapitalgewinnsteuer vermehrt ab.

Andere soziale Merkmale wie Geschlecht, Alter, Ausbildung, Sprache, Wohnort und Konfession hatten hingegen keine Auswirkungen auf den Stimmentscheid.

Tabelle 5.2: Kapitalgewinnsteuer – Stimmverhalten nach politischen und gesellschaftlichen Merkmalen

Merkmale/Kategorien	% Nein <sup>a</sup>	(n)	Korrelationskoeffizient <sup>a</sup>
Total VOX (gewichtet)	66	451	
<i>Einordnung auf der Links/Rechts-Achse</i>			V = 0.41***
Linksausseren	(26)	42	
Links	37	68	
Mitte	75	175	
Rechts	74	74	
Rechtsausseren	(86)	37	
<i>Parteisympathie</i>			V = 0.42***
SP	25	81	
FDP	85	53	
CVP	(79)	34	
SVP	80	69	
andere Partei	69	91	
keine Partei	69	107	
weiss nicht / keine Antwort	(80)	15	
<i>Einkommensunterschiede</i>			V = 0.20***
Für grosse Einkommensunterschiede	(66)	38	
Für mittlere Einkommensunterschiede	73	256	
Gegen Einkommensunterschiede	51	116	
<i>Regierungsvertrauen</i>			V = 0.16**
Vertrauen	71	264	
Misstrauen	54	114	
<i>Eigentumsverhältnisse</i>			V = 0.15**
Eigentum	72	247	
Miete / Pacht	59	193	
<i>Wohnverhältnisse</i>			V = 0.13**
Einfamilienhaus	72	228	
Mehrfamilienhaus	57	219	

<sup>a</sup> Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. «Methodischer Steckbrief». In Klammern aufgeführte Prozentwerte sind aufgrund der beschränkten Fallzahl lediglich als Tendenz zu interpretieren. Vgl. Methodischer Steckbrief.  
© IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 2. Dezember 2001.

Eine hohe Steuerbelastung auf Kantonsniveau wie auf Gemeindelevel wirkte sich zugunsten der Kapitalgewinnsteuer aus. Wo hohe Steuerabgaben entrichtet werden, ist allgemein auch die Bereitschaft, dem Staat mehr Geld abzugeben, grösser. Wir stellten fest, dass die Bevölkerung in Kantonen mit einem hohen Steuerfuss auch vermehrt linke Wertvorstellungen hat. So war in diesen Kantonen der Wunsch der Bevölkerung nach einer offeneren Schweiz, mehr Chancengleichheit zwischen Mann und Frau sowie zwischen schweizerischen und ausländischen Personen und einer Kompetenzverschiebung von den Kantonen hin zum Bund grösser als bei den Kantonen mit einer tiefen Steuerbelastung.

Tabelle 5.3: Kapitalgewinnsteuer – Zustimmung und kantonale Steuerbelastung

Merkmal der Kantone (Gemeinden) <sup>a</sup>	Hohe Steuerbelastung <sup>b</sup>	Tiefe Steuerbelastung	Korrelationskoeffizient <sup>d</sup>
			V = 0.46
<b>Sehr hoher Ja-Anteil (&gt;36%)<sup>c</sup></b>	5 BE,FR,BS,NE,JU (27)	1 SO	(1) (V = 0.57)
<b>Hoher Ja-Anteil (32–36%)</b>	4 AR,SG,GE,VD (13)	3 ZH,SH,GR (13)	
<b>Tiefer Ja-Anteil (27–31%)</b>	3 LU,TG,VS	4 UR,GL,BL,AG (13)	
<b>Sehr tiefer Ja-Anteil (&lt;27%)</b>	1 OW	5 (4) SZ,NW,ZG,AI,TI (16)	

<sup>a</sup> Die Zahlen in Klammern beziehen sich auf 96 Gemeinden im Kanton Zürich. Die Quartalsgrenzen des Ja-Stimmenanteils betragen hier 26%, 30% und 33%.  
<sup>b</sup> Die Daten zur Steuerbelastung stammen nicht aus dem Vox-Datensatz. Zur kantonalen Steuerbelastung vgl.: [www.statistik.admin.ch/stat\\_ch/ber18/du1803.htm](http://www.statistik.admin.ch/stat_ch/ber18/du1803.htm), zur Steuerbelastung der Gemeinden vgl.: [www.estv.admin.ch/data/sd/d/index](http://www.estv.admin.ch/data/sd/d/index).  
<sup>c</sup> Die Prozentwerte richten sich nach den Quartalsgrenzen.  
<sup>d</sup> Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. «Methodischer Steckbrief».  
 © IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 2. Dezember 2001.

#### 5.4 Die Entscheidungsmotive

Der Gerechtigkeitsgedanke schwang bei den spontan geäusserten Motiven zur Annahme der Vorlage klar obenauf. 92 Prozent der Befragten wollten mit ihrer Ja-Stimme mehr Gerechtigkeit in unserem Steuersystem erwirken. Dies war also ein wichtiges Entscheidungsmotiv, konnte aber, wie die Wahrnehmung zeigte, von den Initianten nicht als wesentlicher Inhalt der Vorlage vermittelt werden. Für einen Fünftel stand die Kritik an Börsenspekulanten im Vordergrund. Es gehe nicht, dass diese ihren Lebensunterhalt alleine durch Börsengewinne finanzierten, lautete hier der Tenor. Das Argument, die Schweiz müsse sich dem Ausland anpassen und ebenfalls eine Kapitalgewinnsteuer einführen, wurde insgesamt nur zweimal vorgebracht.

Knapp die Hälfte der Gegnerschaft begründete ihren Entscheid nur vage. Neben allgemein negativen Äusserungen wurde die Initiative von den Befragten primär als unglaubwürdig, utopisch und zum Scheitern verurteilt abgeschrieben. Dass die übrigen Nein-Stimmenden ihren Entscheid hauptsächlich mit der Ablehnung einer neuen Steuer begründeten, konnte erwartet werden. Die Gegnerschaft neuer Steuern argumentierte zur Hälfte mit der Kollision zwischen der Kapitalgewinnsteuer und der Vermögenssteuer, die andere Hälfte lehnte neue Steuern generell ab. 37 Prozent verwarfen die Vorlage aus eigennützigen Motiven. Der eigene Aktienbesitz, der Hinweis auf die selbst zu tragenden Verluste sowie die Überzeugung, die Initiative treffe nur die Kleinen und den Mittelstand, gaben hierfür den Ausschlag. Schliesslich sorgten sich 14 Prozent um den Finanzplatz Schweiz.

Tabelle 5.4: Kapitalgewinnsteuer – Motive der Stimmenden (mehrere Antworten möglich)

Spontan geäusserte Gründe für den Entscheid	Alle Nennungen in % der Antwortenden <sup>a</sup> (n)	Nur Erstnennung in % (n)
<b>JA-Stimmende</b>		
Allgemeines (richtig, wichtig, sinnvoll)	16 (22)	9 (14)
Für mehr Gerechtigkeit, soziale Überlegungen	92 (142)	60 (93)
Kritik an Spekulanten	20 (31)	18 (27)
Bezug auf andere Länder	1 (2)	1 (2)
Andere Gründe, falsche Gründe	23 (36)	10 (15)
Weiss nicht / keine Antwort	35 (54)	2 (4)
Total	187 (287)	100 (155)
<b>NEIN-Stimmende</b>		
Allgemeines (negative Äusserungen, utopisch)	44 (127)	25 (73)
Gegen zusätzliche Steuern, Doppelbesteuerung	22 (64)	17 (49)
Gegen Ungerechtigkeit, trifft die Kleinen	10 (30)	8 (22)
Verluste trägt man auch selber	7 (20)	4 (13)
Betrifft mich persönlich	20 (58)	12 (37)
Schlecht für die Schweizer Wirtschaft	14 (42)	9 (25)
Unverhältnismässige Bürokratie	9 (26)	4 (13)
Andere Gründe, falsche Gründe	22 (66)	16 (49)
Weiss nicht / keine Antwort	30 (90)	5 (15)
Total	178 (523)	100 (296)

<sup>a</sup> Es waren 2 Antworten möglich. Insgesamt haben 155 Ja- und 296 Nein-Stimmende geantwortet. Weil mehrere Antworten möglich waren, steigt das Total der Prozente in der ersten Kolonne auf über 100 an.  
 © IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 2. Dezember 2001.

#### 5.5 Pro- und Kontra-Argumente

Die zwei vorgebrachten Argumente des *Initiativkomitees*, die Kapitalgewinnsteuer senke die Steuerlast des «normalen» Steuerzahlenden und die Schweiz solle in Sachen Kapitalgewinnbesteuerung mit dem Ausland gleichziehen, fanden mit 26 Prozent bzw. 32 Prozent der Stimmenden nur wenig Anklang. Das erste Argument fand selbst bei den Ja-Stimmenden nur zu 61 Prozent Unterstützung. Mit dem zweiten hingegen erklärten sich doch 4 von 5 Ja-Stimmenden einverstanden. Trotz der hohen Konsistenz dürfte das Argument allerdings kaum Auswirkungen auf die Meinungsbildung gehabt haben, da nur gerade eine Person ihren Ja-Entscheid mit dem Auslandvergleich begründet hatte. Von den Pro-Argumenten erhielt das Gerechtigkeits-Argument am meisten Zustimmung. Dennoch vermochte es nur 67 Prozent der Einverständlichen zu einem Ja zu überzeugen. Die drei *Gegenargumente* überzeugten je rund die Hälfte der Stimmenden. Am meisten Zustimmung erhielt das Argument, der Aufwand zur Erhebung der Steuer stehe in keinem Verhältnis zum Ertrag (54%). Vor allem die Anhängerschaft der FDP (76%) und der SVP

(67%) erklärten sich mit diesem Argument einverstanden. Mit einem Konsistenzwert von 92 Prozent vermochte dieses Argument am meisten zu überzeugen. Etwas weniger Überzeugungskraft (81%) hatte das Argument, die Kapitalgewinnsteuer senke die Investitionsanreize, das vor allem von der Anhängerschaft der FDP unterstützt worden war. Dass sowohl das Pro-Argument als auch das Kontra-Argument mit der höchsten Überzeugungskraft (86% bzw. 92%) von den Befragten spontan kaum als Entscheidungsmotiv angegeben wurde, ist vermutlich auf den äusserst flauen Abstimmungskampf zurückzuführen, in dem diese Argumente von den Stimmenden kaum wahrgenommen wurden.

Tabelle 5.5: Kapitalgewinnsteuer – Anklang der Pro- und Kontra-Argumente bei den Stimmenden in Prozent

		Einver- standen	Nicht einv.	Weiss nicht	Konsistenz <sup>a</sup>
<b>Pro-Argumente</b>					
«Mit der Kapitalgewinnsteuer wird der normale Steuerzahler entlastet.»	Total	26	62	12	79
	Ja	31	29	10	
	Nein	8	79	13	
«Dank der Kapitalgewinnsteuer werden auch Börsenspekulanten zur Kasse gebeten und darum wird unser Steuersystem gerechter.»	Total	46	41	13	67
	Ja	90	4	6	
	Nein	23	61	16	
«Die Schweiz sollte gleich wie das Ausland eine spezielle Kapitalgewinnsteuer haben.»	Total	32	58	10	86
	Ja	80	10	10	
	Nein	7	83	10	
<b>Kontra-Argumente</b>					
«Die Kapitalgewinnsteuer senkt die Anreize, dass man in die Schweizer Wirtschaft investiert.»	Total	47	37	16	81
	Ja	27	57	16	
	Nein	57	26	17	
«Die Kapitalgewinnsteuer bringt vor allem viel Bürokratie und der Aufwand lohnt sich kaum.»	Total	54	30	16	92
	Ja	12	65	23	
	Nein	76	12	12	
«Es dürfen keine neuen Steuern eingeführt werden.»	Total	49	39	12	91
	Ja	13	71	16	
	Nein	68	22	10	
<small>Resultate in Liniensprozenten. Lesebeispiel: 26% aller Stimmenden pflichteten dem ersten Argument zu, 62% lehnten es ab und 12% konnten sich nicht entscheiden oder gaben keine Antwort.  Gesamtheit der Stimmenden = 546 (gewichtet)  <sup>a</sup> Verhaltenskonsistenz liegt dann vor, wenn möglichst viele, die sich mit einem Pro-Argument (resp. Kontra-Argument) einverstanden erklären, auch tatsächlich ja (resp. nein) stimmen.  © IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 2. Dezember 2001.</small>					

## 6. Methodischer Steckbrief

Der vorliegende Bericht beruht auf einer von der VOX-Partnerschaft realisierten Nachbefragung. Das GfS-Forschungsinstitut führte die Befragung innerhalb von zwei Wochen nach der Volksabstimmung vom 2. Dezember 2001 durch. Die Analyse wurde durch das Institut für Politikwissenschaft an der Universität Zürich (IPZ) vorgenommen.

Die Befragung wurde von 43 BefragterInnen von zu Hause aus telefonisch ausgeführt, wobei das GfS-Forschungsinstitut als Kontrollinstanz die Möglichkeit hatte, die Befragung extern und ohne Vorankündigung zu beaufsichtigen. Die Stichprobenziehung erfolgte in einem dreistufigen Zufallsverfahren, wobei auf der ersten Stufe (Sprachregionen) eine proportionale Schichtung vorgenommen wurde. Hierfür bildeten die offiziellen Statistiken des Jahres 1994 die Grundlage. Auf der zweiten Stufe (Haushalte) erfolgte eine Zufallsauswahl aus dem elektronischen Telefonverzeichnis der Swisscom. Die Auswahl auf der dritten Stufe (Personen aus dem jeweiligen Haushalt) erfolgte nach dem «Geburtstagsprinzip». Die Stichprobe betrug 1004 Personen, davon stammten 700 Befragte (70%) aus der Deutschschweiz, 242 (24%) aus der Westschweiz und 62 (6%) aus der italienischsprachigen Schweiz. Mit Nichtteilnehmenden wurde nur ein Teil des Interviews durchgeführt. Die Verweigerungsquote belief sich auf 61%.

Die gesellschaftliche Repräsentativität ist weitgehend gewährleistet.<sup>3</sup> Die Abweichungen bei den Altersklassen und dem Geschlecht betragen maximal 4%, was innerhalb des Stichprobenfehlers liegt. Wie immer sind die an der Abstimmung Teilnehmenden überrepräsentiert (+17%), jedoch bewegt sich die Abweichung von der realen Abstimmungsbeteiligung im Rahmen früherer VOX-Analysen. In der Umfrage ist der Anteil der Befragten, welche angaben, der Armeeausschaffungsinitiative zugestimmt zu haben, um drei Prozentpunkte zu hoch, bei den Initiativen «Energie statt Arbeit» und «Ziviler Friedensdienst» um drei Prozentpunkte zu tief ausgefallen. Bei der Schuldenbremse betrug diese Abweichung –1 Prozent, bei der Kapitalgewinnsteuer gab es keine Abweichung.

Wir haben, wie seit der VOX-Analyse Nr. 70 üblich, für die Durchführung bestimmter Berechnungen Gewichtungsfaktoren für die Beteiligung resp. das Abstimmungsverhalten verwendet. Gewichtet wurde dort, wo sich die Untersuchungsvariable jeweils auf Ja- und Nein-Stimmende bzw. auf Teilnehmende und Nichtteilnehmende bezog.

Die Grösse der Stichprobe (1004 Personen) ergibt bei einer reinen Zufallsauswahl und einer Verteilung der Prozentwerte von 50%:50% einen Stichprobenfehler von +/-3,1 Prozentpunkten. Bei einer geringeren Stichprobengrösse erhöht er sich, z.B. bei den gut 550 AbstimmungsteilnehmerInnen in der vorliegenden Untersuchung auf +/-4,2. Liegen die Prozentwerte weiter auseinander, so reduziert sich der Stichprobenfehler (z.B. bei einem Ergebnis von rund 70%:30% auf +/-3,8 und bei 80%:20% auf +/-3,3). Vorsicht bei der Interpretation von Daten ist also dort geboten, wo die Subsample klein sind und die Verteilung der Prozentwerte zugleich ausgeglichen ist. In solchen Fällen können auf Grund des grösseren Stichprobenfehlers keine Aussagen über Mehrheitsverhältnisse gemacht werden.

<sup>3</sup> Siehe hierzu: Bieri, U., Longchamp, C.: Technischer Bericht zur VOX-Analyse 75, GfS-Forschungsinstitut 2002.



Die Bestimmung des Signifikanzniveaus stützt sich auf den Unabhängigkeitstest mittels Chi-Quadrat. Dabei bedeutet \* eine Signifikanz von unter 0.05, \*\* eine solche von unter 0.01 und \*\*\* eine solche unter 0.001. Im letzteren Fall bedeutet dies, dass die Wahrscheinlichkeit, dass ein Zusammenhang zwischen zwei Variablen zufällig entstanden ist, unter einem Promille liegt und demnach der Zusammenhang als sehr hoch signifikant bezeichnet werden kann. Alle Werte, die eine Signifikanz von über 0,05 haben, sind gemäss statistischer Konvention als nicht signifikant anzusehen. Als Beziehungsmass für bivariate Beziehungen wurde der Koeffizient von Cramer's V verwendet. Bei diesem Koeffizienten kann bei einem Wert von 0 von keinem Zusammenhang und bei einem Wert von 1 von einem vollständigen Zusammenhang ausgegangen werden. Die Werte für unterschiedliche bivariate Beziehungen lassen sich allerdings nicht direkt vergleichen, da zu ihrer Berechnung auch die Anzahl der Merkmalskategorien beider Variablen und die Fallzahl verwendet wird.

## 7. Die Hauptresultate der Abstimmungsanalyse vom 2. Dezember 2001

Am 2. Dezember 2001 hatten die Stimmberechtigten über vier Volksinitiativen sowie den «Bundesbeschluss über eine Schuldenbremse» zu entscheiden. Einzig die Vorlage über die Schuldenbremse wurde mit über 84 Prozent klar angenommen. Die Initiativen «Für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee», «Solidarität schafft Sicherheit: Für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst» und «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern» hingegen wurden mit knapp 80 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Die Initiative «Für eine Kapitalgewinnsteuer» lag mit 66 Prozent Nein-Stimmen etwas darunter. Bei allen Vorlagen folgte der Souverän damit der Linie von Bundesrat und Parlament. Verloren hat an der Abstimmung eindeutig das rotgrüne Lager: Die Parolen der Grünen Partei fanden beim Volk gleich fünfmal, diejenigen der Sozialdemokraten durch die Stimmfreigabe bei der Initiative für eine Schweiz ohne Armee viermal kein Gehör.

Die Stimmbeteiligung lag mit 37,4 Prozent deutlich unter dem Durchschnitt der 90er Jahre (43%), was angesichts des flauen Abstimmungskampfes und der erwarteten klaren Ergebnisse nicht erstaunt. Selbst die Frage der Armeeabschaffung hatte nur geringe Mobilisierungswirkung, obwohl die Stimmberechtigten dieser Initiative die grösste Bedeutung für sich selbst wie auch für das Land zuschrieben. Die Kenntnisse der Abstimmungsthemen waren sehr unterschiedlich, wobei die Initiative für eine Schweiz ohne Armee vor der Schuldenbremse und der Kapitalgewinnsteuer am besten in Erinnerung blieb.

Über 80 Prozent der Teilnehmenden fiel der Entscheid über die Initiative für eine Schweiz ohne Armee eher leicht. Hingegen bereiteten die Entscheide über die Kapitalgewinnsteuer und die Energievorlage den Stimmberechtigten mehr Mühe. Für 42 Prozent der Stimmenden stand der Entscheid über die Initiative für eine Schweiz ohne Armee zudem schon von vornherein fest. Zur Energievorlage hatte indes weniger als ein Drittel eine

vorgefasste Meinung. Wie immer benutzten die Teilnehmenden als Informationsquellen am häufigsten Zeitungsartikel, gefolgt vom Bundesbüchlein und von Fernsehberichten. Weiterhin wenig etabliert bleibt die Nutzung des Internets. Etwas über die Hälfte der Teilnehmenden reichte ihre Stimme brieflich ein.

## Der Bundesbeschluss über eine Schuldenbremse

Einheitlichkeit war das herausragende Merkmal dieser Vorlage, wie die überaus grosse Zustimmung von 84,7 Prozent und die kleinen kantonalen Unterschiede bei den Abstimmungsergebnissen zeigen. Am wenigsten Unterstützung fand die Schuldenbremse bei der Anhängerschaft der SP (64%) und den linksausen Stehenden (50%). 90 Prozent des bürgerlichen Lagers stimmten dem Bundesbeschluss zu. Gut die Hälfte der Stimmenden begründete ihren Entscheid mit der Notwendigkeit eines ausgeglichenen Staatshaushalts und eines Schuldenabbaus. Ein Drittel wollte mit seinem Ja die Politiker und Politikerinnen disziplinieren. Bei der kleinen Gegnerschaft überwog die Angst vor einem Sozialabbau sowie vor einem Verlust staatlicher Flexibilität.

## Die Initiative «Energie statt Arbeit besteuern»

Das deutliche Stimmergebnis bestätigte die bereits in der Volksabstimmung vom 24. September 2000 erkennbare Tendenz gegen energiepolitische Neuerungen. Wie die schlechten Inhaltskenntnisse zeigten, war vielen Stimmberechtigten nicht klar, worum es bei der Initiative ging. Wahrgenommen wurden denn auch vor allem die finanziellen und steuerlichen Aspekte, was zu einer Abwehrreaktion gegen neue Abgaben und gegen eine Verteuerung der Energie führte. Bei den BefürworterInnen der Vorlage waren vor allem der Anreiz, Energie zu sparen und alternative Energien zu fördern, ausschlaggebend für den Stimmentscheid. Die sozialpolitische Komponente der AHV-Finanzierung fand dagegen kaum Beachtung. Eine Mehrheit fand die Initiative lediglich bei den SympathisantInnen der Grünen und der SP. Anders als bei den energiepolitischen Vorlagen im September 2000 beeinflussten gesellschaftliche Merkmale wie Alter oder Einkommen den Stimmentscheid nicht.

Die Argumente des Initiativkomitees fanden kaum Widerhall. Mit 37 Prozent erklärten sich noch am meisten Stimmende mit dem Argument einverstanden, die Initiative schaffe Anreize zum Energiesparen. Die Argumente der Gegnerschaft fanden durchwegs Unterstützung, allen voran die Aussage, die Initiative sei Zwängerei. Am umstrittensten war das gegnerische Argument, die Wasserkraftwerke erlitten Nachteile auf dem Strommarkt. Die spontan genannten Nein-Motive für den Stimmentscheid unterscheiden sich jedoch stark von den Argumenten des gegnerischen Komitees: Die Nein-Stimmenden erklärten sich zwar mit diesen Kontra-Argumenten einverstanden, brachten aber selbst meist finanzielle Motive vor.

## Die Initiativen für eine Schweiz ohne Armee und für einen zivilen Friedensdienst

Die beiden Initiativen unterscheiden sich hinsichtlich Abstimmungsprofil und Wahrnehmung kaum. Wer die Friedensdienst-Initiative verwarf, war auch mehrheitlich gegen die Abschaffung der Armee und umgekehrt. Dabei wurde die Initiative für eine Schweiz ohne Armee als die wichtigere von beiden empfunden, was sich auch in der Kenntnis des Inhalts beider Initiativen ausdrückt: Beinahe drei Viertel aller Befragten wussten, worum es bei der Initiative für eine Schweiz ohne Armee ging, bei der Friedensdienst-Initiative waren es weniger als die Hälfte. Daraus lässt sich schliessen, dass die Friedensdienst-Initiative deutlich im Schatten der Initiative für eine Schweiz ohne Armee stand.

Der Anteil Ja-Stimmen ging bei der Initiative für eine Schweiz ohne Armee im Vergleich zur letzten Armeeabschaffungsinitiative 1989 um 14 Prozent zurück. Ist dieser Rückgang an Ja-Stimmen auf ein Mobilisierungsproblem der Armeegegnerschaft zurückzuführen oder hat der Anteil der Armeebefürwortenden zugenommen? Wohl beides: Die Stimmbeteiligung nahm vor allem dort ab, wo die ArmeegegnerInnen 1989 die meisten Ja-Stimmen verzeichnen konnten, nämlich im linken Lager und bei den parteiungebundenen Stimmentenden. Diese stimmten 2001 zudem mehrheitlich gegen die Abschaffung der Armee. 1989 war dies noch anders. Beinahe unverändert hoch blieb die Ablehnung im rechten Lager. Sowohl fehlende Mobilisierungswirkung als auch verändertes Stimmverhalten führten somit zur deutlichen Ablehnung der Initiative.

Die Analyse der Stimmotive und der während der Kampagne vorgebrachten Pro- und Kontra-Argumente macht deutlich, dass die Armee als Institution gegenwärtig nicht wegzudenken ist. Ein Grossteil der Nein-Stimmenden begründete seinen Entscheid mit der Notwendigkeit einer Armee für ein Land. Dies, obwohl sich eine knappe Mehrheit der Befragten damit einverstanden erklärte, dass die Schweiz gegenwärtig von Gefahren bedroht sei, auf welche man nicht mit militärischen Mitteln antworten könne. Dies verdeutlicht, weshalb die Pro-Argumente wenig Anklang fanden: Die Armee als Institution lässt sich nicht nur an ihrem Verteidigungspotential bemessen, sondern hat in den Augen ihrer Befürworterschaft eine Daseinsberechtigung, die offenbar darüber hinausgeht.

## Die Initiative für eine Kapitalgewinnsteuer

Von den vier Initiativen überzeugte die Kapitalgewinnsteuer am meisten. Eine klare Mehrheit vermochte sie bei der Anhängerschaft der SP (75%) und den politisch Linksorientierten zu erobern. Während Alter, Ausbildungsniveau, Sprache, Grösse des Wohnorts, Konfession, Geschlecht und Einkommenshöhe das Verhalten an der Urne nicht beeinflussten, schnitt die Initiative bei den Stimmenden, die eine Einkommensnivellierung wünschen, der Regierung misstrauen, in einem Mehrfamilienhaus wohnen und keine Immobilien besitzen, deutlich besser ab. Mehr Steuergerechtigkeit war das zentrale

Motiv der Ja-Stimmenden. Nur ein Fünftel von ihnen äusserte indessen Kritik an Börsenspekulanten. Der Vergleich mit dem Ausland wurde spontan nicht als Grund angeführt.

Die Nein-Stimmenden nannten spontan zu 37 Prozent eigennützige Motive. Der eigene Aktienbesitz, die Überzeugung, die Initiative treffe nur die Kleinen, sowie der Hinweis, dass Verluste auch selber zu tragen seien, waren für diese ausschlaggebend. Die Kollision mit der Vermögenssteuer und eine grundsätzliche Ablehnung aller neuen Steuern wurden von 22 Prozent als Gründe für den Nein-Entscheid ins Feld geführt. Auffallend viele (44%) begründeten ihre Ablehnung nur vage.

Von den Pro-Argumenten fand das Gerechtigkeitsargument am meisten Zustimmung (46%). Dennoch stimmte jeder Dritte, der sich mit dem Argument einverstanden erklärte, Nein. Dem Argument, der normale Steuerzahler werde entlastet, stimmte nur eine Minderheit von 26 Prozent zu. Der Vergleich mit dem Ausland vermochte zwar zu überzeugen, wurde aber als Argument kaum wahrgenommen. Die Zustimmung bei den Kontra-Argumenten lag bei rund 50 Prozent. Am meisten zu überzeugen vermochte das Argument, der zu erwartende Steuerbetrag stehe in keinem Verhältnis zum bürokratischen Aufwand. Spontan wurde diese Ansicht aber ebenfalls kaum als Motiv aufgeführt, was wohl wiederum auf den schwachen Abstimmungskampf zurückzuführen ist.

## Zur Methode

Die vorliegende Untersuchung beruht auf einer von der VOX-Partnerschaft realisierten Nachbefragung der Volksabstimmung vom 2.12.2001. Die Befragung wurde vom GfS-Forschungsinstitut in den zwei der Abstimmung folgenden Wochen durchgeführt. Die Datenanalyse erfolgte durch das Institut für Politikwissenschaft an der Universität Zürich (IPZ). Die Befragung wurde von 43 BefragterInnen von zu Hause aus telefonisch durchgeführt, wobei das GfS-Forschungsinstitut die Möglichkeit hatte, die Interviews extern, und ohne dass dies für die BefragterInnen und die Befragten erkennbar war, zu beaufsichtigen. Die Auswahl der Befragten wurde in einem dreistufigen Zufallsverfahren ermittelt. Der Stichprobenumfang betrug 1004 stimmberechtigte Personen, davon kamen 700 (70%) aus der Deutschschweiz, 242 (24%) aus der Westschweiz und 62 (6%) aus der italienischsprachigen Schweiz. Der Stichprobenfehler für die Gesamtheit der Befragten lag bei  $\pm 3,1$  Prozent. Vorsicht bei der Interpretation der Daten ist dort geboten, wo die Subsample klein sind und die Verteilung der Prozentwerte zugleich ausgeglichen ist (50:50). In solchen Fällen können auf Grund des grösseren Stichprobenfehlers keine Aussagen über Mehrheitsverhältnisse gemacht werden.

## Bevölkerungsklimas auf [polittrends.ch](http://polittrends.ch) –

### Einstellung der Bevölkerung zu relevanten politischen Fragen vor, während und nach den jeweiligen Abstimmungen.

Seit zehn Jahren analysiert das GfS-Forschungsinstitut Geschäftsbereich Politik und Staat politikbezogene Pro- und Kontra-Strömungen in der Bevölkerung. Entstanden ist eine weit gehende Dokumentation über die Einstellung der Schweizer Bevölkerung zu Politik-Fragen, welche ihresgleichen sucht. Um die Wichtigkeit dieser Fragen zu unterstreichen, sind diese Analysen nun auch einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich – unter [www.polittrends.ch](http://www.polittrends.ch).

#### *...Dossier «Europa»*

das aktuelle Europa-Barometer Schweiz, welches vom GfS-Forschungsinstitut seit rund zehn Jahren regelmässig erhoben wird und damit eine lückenlose Analyse allfälliger Meinungswandel der Bevölkerung in Europafragen ermöglicht – und dies über die Abstimmung zu den bilateralen Verträgen hinaus.

#### *...Dossier «Internet und Politik»*

Eine umfangreiche Sammlung von GfS-Analysen rund um das Thema Internetnutzung und e-government, welche seit 1998 in regelmässigen Abständen das Internet in Bezug auf dessen politische Relevanz durchleuchtet.

#### *...Dossier «Abstimmungen»*

Diverse Umfragen für öffentliche und private Stellen und für das Schweizer Fernsehen sowohl im Vorfeld als auch im Nachgang von Abstimmungen und Wahlen, welche Einblick in das Stimmverhalten und die dazuführende Motivation geben.

#### *...Dossier «VOX-Analysen»*

Nachanalysen zu allen eidgenössischen Abstimmungen der letzten 8 Jahre in einer Kurzfassung. Weitere Jahrgänge werden laufend aufgeschaltet.

Ferner finden Sie auf [polittrends.ch](http://polittrends.ch) Links zu allen wichtigen politischen Akteuren und eine Vielzahl von themenspezifischen Links.

In den letzten 6 Monaten von «[polittrends.ch](http://polittrends.ch)» haben sich rund 25'000 BesucherInnen von unserem virtuellen Polit-Magazin überzeugt.

*GfS-Forschungsinstitut, Geschäftsbereich «Politik und Staat»*

*Claude Longchamp, Geschäftsleitung*

*Luca Bösch, Webmaster/Internet-Applikationsdesigner*